



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

387 (24.8.1922) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-205090](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-205090)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreis: In Mannheim und Umgebung monatlich 1.50 Mk., halbjährlich 8.50 Mk., jährlich 16.50 Mk. (Postgebühren inbegriffen). Einzelnummer 10 Pf. Postfach 100. Druckerei: Mannheimer Druckerei, Waldhofstraße Nummer 4. Fernsprecher: Nummer 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. Telegramm-Adresse: General-Anzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zweimal.

Anzeigenpreise: Die kleine Zeile 10.—, ausm. 12.—, Stellengeheft u. Sam. Aug. 200, Nachl. 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000.

Beilagen: Der Sport v. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz u. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

Oesterreich und Mitteleuropa.

Gescheiterte Aktion?

1) Berlin, 23. Aug. Das „B. L.“ meldet aus Wien: Obwohl das Ergebnis der Besprechungen des Bundeskanzlers Seipel mit Dr. Wirth weiter noch nicht bekannt ist, ist doch schon nach der ablehnenden Antwort, die Seipel in Prag erhalten hat, anzunehmen, daß der Plan des Bundeskanzlers, das mitteleuropäische Problem von Seiten Oesterreichs aufzurollen, gescheitert ist. Beneš hat dem Bundeskanzler empfohlen, die Entscheidung des Völkerbundes, der am 4. September zusammentritt, abzuwarten. Es war jedenfalls von vornherein klar, daß die Aktion Seipels, die in gar keiner Weise vorbereitet war, weil sie nicht das Ergebnis politischer Überlegung, sondern einen Ausbruch der Verzweiflung darstellt, zu einem Mißerfolg verurteilt war.

Die österreichische Frage vor dem Reichskabinett.

2) Berlin, 23. Aug. Die Besprechung der Reichsregierung mit dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Seipel und dem österreichischen Finanzminister Segur ergab vollkommene Übereinstimmung darüber, daß Oesterreich bis zur Beilegung der Kreditfrage darnach trachten müsse, durch wirtschaftliche Maßnahmen, bei denen es naturgemäß auf die Unterstützung seiner Nachbarn angewiesen ist, in der Zwischenzeit über die gegenwärtigen Schwierigkeiten hinwegzukommen. Bei der Erörterung einer Reihe von Einzelfragen trat auf deutscher Seite die freudige Bereitwilligkeit hervor, im Rahmen des eigenen Könnens dem bedrängten Bruder, wo irgend möglich, Hilfe zu leisten. Weitere Verhandlungen über die sich hierbei ergebenden konkreten Aufgaben schlossen sich an die Berliner Besprechungen an.

Keine bindenden Abmachungen mit dem Deutschen Reich.

3) Berlin, 24. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Neben dem Ergebnis der Berliner Besprechungen, das die deutsche Regierung heute in einem amtlichen Bulletin zusammenfaßt, ließ sich Dr. Seipel des näheren nicht aus; er beschränkte sich darauf, den informativsten Charakter seiner Reise hervorzuheben. Es scheint nach all dem, wie ja von vornherein zu erwarten stand, daß irgendwelche bindenden Abmachungen in Berlin nicht geschlossen worden sind. Nach dem Bundeskanzler nahm sodann der österreichische Finanzminister Segur Gelegenheit, über das österreichische Finanzproblem zu sprechen, das seiner Versicherung nach, wenn auch sehr ernst, doch keineswegs ganz hoffnungslos sei. Der Finanzminister trat den Redungen über eine demnächst zu erwartende Erfüllung des Staatsbankrotts entgegen und kündigte an, daß Oesterreich sich nunmehr mit seinen Finanzanliegen, dem Wunsch des Obersten Rates entsprechend, an den Völkerbund wenden werde.

Dr. Seipel über seine Reise.

4) Berlin, 23. Aug. Der österreichische Bundeskanzler in Begleitung des österreichischen Finanzministers begaben sich heute nach Viallen, wo sie in Verona mit dem italienischen Minister des Auswärtigen, Schanzer, zusammentreffen werden. Vor ihrer Abreise verknüpfte sich in der österreichischen Gesandtschaft die Vertreter der Berliner Presse, um in kurzen Zügen den Zweck der Reise der österreichischen Regierungsvorleiter nach Prag, Berlin und Viallen zu erfahren.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel führte einleitend aus, daß über den Zweck der Reise in der deutschen wie auch in der ausländischen Presse sehr unrichtige Nachrichten verbreitet seien. In der ungarischen Presse z. B. hätten sich die Mutmaßungen darüber verbreitet, daß behauptet werde, Oesterreich hätte seinen Beitritt zur kleinen Entente vollzogen, weshalb von ungarischer Seite ein Protest an den Völkerbund gerichtet worden sei, ein Protest, der ohne jeglichen Gegenstand sei. Auf eine Bindung mit der kleinen Entente würde sich Oesterreich, wie das bereits früher durch den Vorgänger Dr. Seipels erklärt worden sei, niemals einlassen. Dr. Seipel führte weiter aus, daß die österreichischen Vertreter bei ihrem Aufenthalt in Berlin, wo sie von den Vertretern der deutschen Regierung außerordentlich herzlich empfangen worden seien, beinahe von den Ereignissen, die sich augenblicklich in Berlin durch die Besprechungen der Reparationskommission mit der deutschen Regierung abspielten, mehr in Anspruch genommen worden seien, als durch ihre eigenen. Es sei ihnen über außerordentlich lehrreich gewesen, gerade in diesem Zeitpunkt wichtiger Entscheidungen in Berlin anwesend sein zu können, da sie schon in den nächsten Tagen mit den Vertretern der Mächte der großen Entente zusammentreten würden. Der Zweck ihrer Reise nach Prag, Berlin und Viallen habe lediglich informativsten Charakter. Es sei vollständig falsch, wenn man annehme, daß sie als Beteiligte gekommen seien; wenngleich die Lage Oesterreichs gewiß nicht rosig sei, so sei sie doch nicht hofflos. Die neue österreichische Regierung habe wie ihre Vorgänger den Vorschlag vorzuziehen, zunächst die wirtschaftliche Lage Oesterreichs aus dem Innern heraus zu verbessern und erst darnach Hilfe im Ausland zu suchen. Es sei diesen Weg gegangen und habe durch eigene Hilfe versucht, aus der schwierigen Lage herauszukommen. Wenn sie sich habe entschließen müssen, das Ausland doch um Hilfe anzusuchen, sei es geschehen, weil die Verhältnisse stärker gewesen seien als der eigene Wille. Es müsse zugestanden werden, daß die Entscheidung der Londoner Konferenz, die österreichische Frage dem Völkerbund vorzulegen, in der österreichischen Bevölkerung außerordentlich skeptisch aufgenommen worden sei. Das sei erklärlich, wenn man bedenke, daß die ausländischen Zahlungsmittel, die Oesterreich zum Kauf ausländischer Nahrungs-

mittel bedürfe, ständig in die Höhe gingen, jedoch bereits in der vergangenen Woche ein Laib Brot 4190 Kronen gekostet habe und bei einer derartigen Weiterentwicklung jede Woche 1000 Kronen mehr koste. Die österreichische Regierung stelle sich aber auf den Boden der Tatsachen und sei des Glaubens, daß die Entscheidung der Londoner Konferenz dem Besten Oesterreichs diene. Um aber dennoch durch die Verhältnisse nicht überfordert zu werden, sei es notwendig, heute schon den Regierungen, die als Grenzschachern Oesterreichs unmittelbar von österreichischen Ereignissen berührt würden, die Möglichkeiten zu besprechen, die durch die eine oder andere Entscheidung des Völkerbundes herbeigeführt werden könnten. Das habe aber mit einem Zusammenbruch Oesterreichs nichts zu tun, auch sei es falsch, anzunehmen, daß Oesterreichs Vertreter mit einem fertigen Programm abgereist seien. Aller Voraussicht nach sei der finanzielle Dienst Oesterreichs gesichert. Die Ausführungen Dr. Seipels wurden durch den österreichischen Finanzminister entsprechend ergänzt.

Enttäuschung in Wien.

5) Wien, 22. Aug. Das Ergebnis der Prager Verhandlungen hat in hiesigen Finanzkreisen ziemlich enttäuscht. Man ist der Ansicht, daß das Abschließen der österreichischen Krise auf den Völkerbund, wie es die Entente in London beschloß, hat, unter Umständen verhängnisvoll werden kann. Dazu kommt noch, daß man in die Aktionen des Völkerbundes begrifflicherweise kein Vertrauen mehr zu setzen vermag, da alle bisherigen Aktionen des Völkerbundes seinen Erfolg gebracht haben. Im Gegensatz zu diesen Ermüßigungen ist man in hiesigen informierten tschecho-slowakischen Kreisen durchaus optimistisch. Man verweist darauf, daß der Außenminister Dr. Beneš die Vertretung der österreichischen Sache in dem Völkerbund übernommen habe und daß er auch selbst in Wien zur Sonderung Mitteleuropas und Oesterreichs vorlegen werde. Als wichtigste Frage erscheint dem tschecho-slowakischen Außenminister im gegenwärtigen Augenblick die Gefährdung der österreichischen Industrie.

In dieser Hinsicht werde bereits jetzt eine Hilfsaktion erwogen. Man denkt in erster Linie an die Lieferung von Kohle und anderen Rohstoffen, damit die österreichische Industrie nicht lahmgelegt wird. Die Tschecho-Slowakei wird Kohle und andere Rohstoffe, vielleicht auch Zucker usw. gegen Bezahlung in gewissen Industrieartikeln liefern. Was die Völkerbundsaktion anbelangt, so glaubt man keineswegs an ein politisches oder wirtschaftliches Aufgehen Oesterreichs in einen Nachbarstaat. Die Tschecho-Slowakei und auch Italien seien unbedingt gegen eine Teilung Oesterreichs, dessen Unabhängigkeit von beiden Staaten als Gewähr der Ordnung in Mitteleuropa betrachtet wird. Aus dieser Feststellung ergibt sich nach der Ansicht dieser Kreise, daß alle Mittelungen, die in den letzten Tagen über eine Annäherung Oesterreichs an Italien usw. zu erzählen wurden, unrichtig sind. Dagegen liege eine wirtschaftliche Anschließung Oesterreichs an die Tschecho-Slowakei oder an Jugoslawien im Bereich der Möglichkeit. Man denkt dabei an die Aufhebung der jetzt in allen diesen Ländern bestehenden, sehr weitgehenden Schutzbestimmungen und an große Erleichterungen hinsichtlich der Ein- und Ausfuhr Selbstverständlich würde sich Italien diesen Bestimmungen anschließen, wie man auch bestimmt erwartet, daß Dr. Seipel in Berlin nicht unbedingte Konzessionen seitens Deutschlands in der Kohlenfrage erhalten werde.

Italien gegen die Aufteilung Oesterreichs.

6) Berlin, 24. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Oestern wurde in Belgrad amtlich bekannt gegeben:

Anlässlich verschiedener Gerüchte beauftragte der italienische Außenminister den Belgrader italienischen Geschäftsträger, dem jugoslawischen Außenminister, Ristić, zu erklären: Die italienische Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß die Friedensverträge von St. Germain und Trianon strikte innegehalten werden müssen. Ebenso wünsche die italienische Regierung mit den Staaten der kleinen Entente, insbesondere mit Jugoslawien, in engem Kontakt zu stehen, selbst wenn gewisse Maßnahmen oder Ereignisse eine politische Aktion nötig machen, um jeder Komplikation, die geeignet wäre, den Frieden Europas zu stören, auszuweichen.

Der Außenminister Ristić äußerte die volle Übereinstimmung der jugoslawischen Ansichten mit denen des italienischen Außenministers.

Was es mit den hier geheimnisvoll angedeuteten Maßnahmen und Ereignissen auf sich hat, geht aus einer römischen Blättermeldung hervor, in der es heißt: Italien kann nicht zugeben, daß man von einer eventuellen Aufteilung Oesterreichs spricht, an dessen Aufrechterhaltung Italien hochgradig interessiert sei. Die Marienbader Besprechungen stellen für Italien eine wesentliche Gefahr dar, da Italien daran nicht beteiligt sei. Die italienische Regierung dürfe nicht zulassen, daß das österreichische Schicksal in Marienbad präjudiziert werde, wodurch die kleine Entente schließend unbedingt einen anti-italienischen Charakter erhalten werde.

7) Rom, 24. August. Die italienische Presse bespricht eifrig die Reise des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Seipel. Die offiziöse „Tribuna“ wendet nichts gegen den Anschluß an Deutschland ein, betrachtet dagegen ein Aufgehen in der kleinen Entente als eine Gefährdung des Interesses Italiens. Gegenüber den französischen Gerüchten, Italien beschäufelne, sich Oesterreich anzuschließen, ließ Italien in Belgrad erklären, daß es an den bestehenden Friedensverträgen unbedingt festhalte.

Dr. Seipel nach Paris eingeladen.

8) Paris, 23. Aug. Wie der „Temps“ aus Wien meldet, hat die französische Regierung Beneš gebeten, das Kabinett Seipel in wirksamer Weise bei seiner Aktion zu unterstützen, die es unternommen habe, um die politische und wirtschaftliche Existenz Oesterreichs zu retten. Außerdem sei Seipel eingeladen worden, zu Besprechungen nach Paris zu kommen.

Frankreichs Absichten mit Deutsch-Oesterreich

© Paris, den 20. August.

„Die Preisgabe der Selbständigkeit Deutsch-Oesterreichs ist nur noch eine Frage kurzer Zeit.“
„Le Figaro“.

Nach der Londoner Konferenz, die sich ganze zehn Minuten mit dem verzweifeltsten Appell der Wiener Regierung an die Alliierten befaßte, wird in den halbamtlichen Boulevardzeitungen einmütig die Meinung vertreten, daß Deutsch-Oesterreich bereit wäre, eine den französischen Interessen gemäße politische Richtlinie einzuschlagen, ungeachtet der in deutsch-österreichischen Volkstreifen vorherrschenden Anschuldigungen. Das Wiener Kabinett bezeichnet „Petit Parisien“, der jetzt zwei Berichterstatter in Wien unterhält, für ein „franzosenfreundliches“ und bemerkt, daß man momentan in den tonangebenden Wiener Zirkeln gerne den „vernünftigen Ratsschlagen Poincarés Folge geben möchte.“ Die Behandlung Deutsch-Oesterreichs auf der Londoner Konferenz wird ohne Weiteres Lloyd George, der sich für den „nicht lebensfähigen Staat an der Donau“ blutrig interessiert, zugeschrieben. Frankreich so heißt es im „Echo de Paris“, liegt in London bekannt werden, daß es in der deutsch-österreichischen Frage bereits gewisse Abmachungen mit Italien und Tschechien getroffen habe. In englischem Interesse liege es, die Vereinbarungen Italiens und Frankreichs in Osteuropa insoweit anzuerkennen, als sie der britischen Festlandspolitik keinen Schaden bringen. Diesbezüglich vermochte Schanzer Herrn Lloyd George die bestimmtesten Versicherungen zu geben. Mit anderen Worten, Frankreich und Italien sind — wie „Echo de Paris“ meint — beschäftigt, endgültige Abmachungen betreffs der Zukunft Deutsch-Oesterreichs zu treffen, freilich unter Mitwirkung der Prager Regierung. Die hier vorliegenden Wiener Informationen kennzeichnen sich durch Betonung der ententefreundlichen Haltung des Ministerpräsidenten Dr. Seipel. Es wird im „Petit Parisien“ darauf hingewiesen, daß man in Wien mit einer Verwirklichung des Anschlußgedankens nicht mehr rechne, weil man die weit bessere Vertretung Deutsch-Oesterreichs mit einer italienisch-tschecho-slowakischen Jolkunion für den einzig möglichen Ausweg hält. Zudem hätten die Vorgänge in München, die Kundgebungen für Hindenburg, in Wien sehr starkes Mißtrauen gegen Bayern hervorgerufen. Die Anschlußbewegung fände nicht einmal mehr bei den Sozialdemokraten ungeteilten Beifall. Seipels Reise nach Prag und seine Besprechungen mit einem in Wien weitläufigen Vertreter der italienischen Regierung seien Beweise für die Sicherheit, mit der die Wiener Regierung auf ihr nächstes Ziel zusteuere, nämlich auf die feste Annäherung an den mächtigen südlichen Nachbar, Italien, der im Norden ein Gegengewicht suche, um die Südslaven in Schach zu halten, und an Tschechien, dessen Erbschätze und Industrie die eigentliche wirtschaftliche Lebensfähigkeit für Deutsch-Oesterreich darstellten.

Ueberraschend wirkt jedenfalls die ungeteilte Zustimmung, mit der in hiesigen offiziellen Blättern die Aktion Seipels beurteilt wird. Nicht der leiseste Mißton mischt sich in die Kommentare. Schanzer, der sonst schlecht beurteilt wird, findet in der deutsch-österreichischen Frage den Beifall der Pariser Presse. Das beweist einwandfrei das Vorhandensein eines Einverständnisses zwischen Rom und Paris. In der „Revue de Deux-Mondes“, die zufällig eine gründliche Besprechung des französisch-italienischen Verhältnisses enthält, wird der Gedanke ausgesprochen, daß die französische Diplomatie in Italien unbedingt einen Freund gegenüber England gewinnen müsse. Und das sei nicht so schwer, wie es auf den ersten Blick aussehe. Italien würde seine Schonungspolitik gegenüber Deutschland zweifellos aufgeben, mindestens aber die Sanktionsbedingungen Frankreichs auf der kommenden Entscheidungsskonferenz unterstützen, falls das Pariser Kabinett in Osteuropa den „legitimen Wünschen Italiens“ Rechnung tragen sollte. Die römische Diplomatie verlange eine Sicherung in Südosteuropa; durch die Annäherung Tschechiens an Italien würde diesem Wunsche vorerst Genüge geschehen. Auf deutsch-österreichischem Boden könnten sich die Tschechen und Italiener die Hände reichen. Durch diese Freundschaft würde Italien die Sicherheit gewinnen, daß die tirolischen Gebiete nicht zu Brandherden irredentistischer Umtriebe werden. Italien soll durch Frankreich seine osteuropäische Politik erfolgreich führen.

Die Auslassungen der poincaristischen „Revue de Deux-Mondes“ gipfeln in der Verherrlichung einer „Louschpolitik“ zwischen Rom und Paris. Für die Erfüllung der italienischen Wünsche in Osteuropa könnte Frankreich die in London abgelehnten „produktiven Garantien“, die den Stempel der Bosmachung des linken Rheinufers von Deutschland tragen, im November durchsetzen. Den belgischen Widerstand hofft man zu brechen. Als tröstliches Argument wird noch aufgezeigt, daß in Italien die Fascisten härter sind als die Sozialisten, also ein Erfolg der französischen Diplomatie mehr als wahrscheinlich ist.

Frankreichs Absichten mit Deutsch-Oesterreich lassen sich demnach in dem Sinne zusammenfassen: Vergleich mit Italien auf Kosten Wiens, um im Westen die Autonomisierung des linken Rheinufers

durch eine wirtschaftliche Absprengungspolitik vorzubereiten. Poincares Generalsratsrede bemerkt, daß die französische Regierung unentwegt auf dieses Ziel losgeht, und geht man die Stimmungsberichte der halbamtlichen Blätter über den Stand der „Garantie-Frage“ durch, so läßt sich ein merkwürdiger Optimismus erkennen. „Figaro“ sagt seinen eingangs zitierten Worten über Deutsch-Oesterreich die Bemerkung hinzu, daß der Augenblick gekommen sei, um die Gewandtheit der französischen Diplomatie ins „beste Licht“ zu stellen. Das Blatt spricht plötzlich von den guten italienischen Freunden. Ob es sich hier um ein publizistisches Liebeswerben, oder um tatsächliche Unterlagen für die Schmeichelei an Italiens Adresse handelt, läßt sich nicht sagen. Jedenfalls wagt sich aber in der führenden Pariser Presse ein Kurswechsel hinsichtlich der französisch-italienischen Beziehungen, und diese Tendenz fällt mit den bedeutenden Vorgängen in Deutsch-Oesterreich zusammen.

Ein Abendblatt, das regelmäßig Interviews des tschechischen Außenministers Dr. Beneš veröffentlicht, „Journal des Debats“, weicht mitzutellen, daß Dr. Beneš die Einberufung einer Entschädigungskonferenz der kleinen Entente im Oktober angeregt habe. Hierzu bemerkt das Blatt: „Wir möchten darauf hinweisen, daß auch ein italienischer Experte diesen Beratungen beizuwohnen wird.“

Was „Figaro“ über die nächste Zukunft Deutsch-Oesterreichs sagt, gilt allgemein für die zutreffende Auffassung. Noch vor Eintritt des Winters soll eine Klärung der Situation in dem Sinne stattfinden, daß die Wiener Regierung in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht „majorisiert“ werden soll. Die Anschlussfrage hält man für erledigt. Boshart spricht „Echo de Paris“ von dem Fiasko der Wiener Großdeutschen und ihrer „Mitläufer“, der sozialdemokratischen Partei. Nach der Londoner Konferenz, die Frankreich eine Niederlage brachte, hofft man auf die Revanche in Osteuropa. Poincare wies zwar in seiner gestrigen Rede den Gedanken der französischen Vorkherrschaft in Europa zurück, die Arbeit des Quai d'Orsay, wo er das Szepter führt, lieft jedoch den eklatanten Beweis dafür, daß die Pariser Diplomatie ihre „Tauschgeschäfte“ strapellos betreibt, um deutsche Volksteile von ihrem Stammlande loszureißen und ihrer Unabhängigkeit zu berauben.

*) Berlin, 24. Aug. Wie aus Paris gemeldet wird, erfährt der „Tempo“ aus guter Quelle, daß die französische Regierung Beneš gebeten habe, dem Kabinett Selpel alle mögliche Hilfe anzubieten zu lassen, um die politische und wirtschaftliche Krise Oesterreichs zu retten. An amtlicher französischer Stelle sei von einer Einladung oder geplanten Pariser Reise Selpels nichts bekannt, dagegen werde an amtlicher Stelle versichert, daß Frankreich nach wie vor gegen einen Anschluss Oesterreichs an Deutschland sei, und daß auch die italienische Regierung den französischen Standpunkt teile.

Neueste Anleihe für Oesterreich.

*) Paris, 23. Aug. Das „Echo de Paris“ teilt mit, daß die österreichische Regierung gegenwärtig mit französischen, englischen und italienischen Bankiers unterhandelt, um eine größere Anleihe aufzunehmen, die ihm gestattet würde, eine österreichische Emissionbank zu gründen, um die Währungsform durchzuführen. Von Seiten der Banken sei man bereit, dem österreichischen Gesuch zu entsprechen, wenn die Vorbedingungen in den Regierungen Englands, Frankreichs und Italiens garantiert würden und zwar mindestens zum Betrage von 10 Millionen Goldfranken. Die drei genannten Regierungen seien auch bereit sein, eine solche Garantie zu leisten, wolle aber ihrerseits versichert sein, daß etwas Dauerndes geschaffen werde.

Ungarn erdittet Aufklärung.

*) Budapest, 24. Aug. In der gestrigen Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten interpellierten mehrere Abgeordnete über die Reise des Bundeskanzlers Selpel. Die ganze Debatte wurde für vertraulich erklärt. Nach der „Uzlet“ erklärte Außenminister Graf Banffy auf die Ausführungen der Interpellanten, Ungarn warte vollkommen vorbereitet die Entwicklung der Dinge ab. Die ungarische Regierung habe übrigens der österreichischen Regierung eine Aufklärung über den Zweck der Reise Selpels erteilt. Ungarn stehe aber infolge der Aggressivität der Nachfolgestaaten vor schweren Prüfungen. Es müsse in dieser schweren Zeit nachsicht sein, damit es zu geeigneter Zeit die richtige Erklärung finde.

Englische Stimmen zur mitteleuropäischen Krise.

*) London, 24. August. Die „Times“ melden aus Wien: Dr. Selpel werde bei seiner Rückkehr die Antworten, die er während seiner Reise erhalten habe, der Nationalversammlung unterbreiten. Wenn sich die Notwendigkeit ergebe, werde er einen Appell an den Völkerverbund vorbringen, daß Oesterreich von den Bestimmungen des Artikels 88 des Vertrages von St. Germain befreit werden möchte. Im Falle einer Weigerung, die erwidert werde, scheine in maßgebenden Kreisen angenommen zu werden, daß die Grenzschleife zwischen Tirol, Salzburg und Bayern ganz besetzt werden. Die Macht, die dann die Verantwortung übernehme, legendenweise Unruhen im Zusammenhang damit zu vermeiden, werde sich dann gezwungen sehen, auch die Regierung der Republik zu übernehmen.

Die „Times“ bringen unter der Überschrift „Oesterreichs letzte Stunde“ einen Appell des früheren Vorsitzenden der österreichischen Abteilung der Reparationskommission William Geddes, worin dieser für die Gewährung einer Anleihe an Oesterreich eintritt. Die „Times“ schreiben in einem Artikel, die Militärs möchten mit einer weichen und mäßigen Politik der österreichischen Republik zu Hilfe kommen. Der weilers Fortbestand Oesterreichs sei eine europäische Notwendigkeit. Wenn Oesterreich falle, werde eine Neuorganisation der Verhältnisse in Südwesteuropa erfolgen müssen und eine solche Neuorganisation herbeiführe große Schwierigkeiten und Gefahren in sich.

Die österreichische Sozialdemokratie zur Lage.

*) Wien, 24. Aug. Die Arbeiterzeitung veröffentlicht in Form eines Aufrufs das Ergebnis einer gestrigen gemeinsamen Beratung der politischen und wirtschaftlichen Parteileitung der sozialdemokratischen Parteien über die durch die wirtschaftliche Krise sich ergebenden Folgen und Aufgaben für die Mitglieder der Partei. In dem Aufruf wird die Arbeiterschaft vor dem Versuch einer gewalttätigen Lösung gewarnt, da ein solcher Versuch nur bewirken könne, daß eine vollständige Vernichtung des Wertes der Krone eintritt, der vollständige Zusammenbruch der Lebensmittel- und Wohlfahrtserzeugung erfolge und eine Kontrolle durch fremde Besatzmächte stattfinden. Zugleich werden die schon mehrfach ausgesprochenen Forderungen der sozialdemokratischen Partei an die Regierung wiederholt und die Regierung aufgefordert, mit der Durchführung der Forderungen nicht länger zu zögern. Schließlich wird der sofortige Zusammentritt des Nationalrates gefordert, um auf dem Boden des Parlaments festzustellen, ob der gegenwärtige Nationalrat fähig sei, die unauflösbare Verbindung der Wirtschaft- und Finanzpolitik in Oesterreich zu vollziehen. Zutreffendfalls könne für die sozialdemokratische Partei ein Teil, welches zusammengehen mit dem bürgerlichen Parteien ein Mittel sein, die Republik und die Volkswirtschaft aus der Gefahr zu retten. Andernfalls bleibe trotz aller Bedenken kein anderer Ausweg als die sofortige Durchführung von Revolutionen, um die Massen der Wähler nicht auseinander zu lassen.

Die Reparationsverhandlungen.

Abschluß der Vorbereitungen.

*) Berlin, 24. August.

(Von unserem Berliner Büro.)

Eine besondere Wichtigkeit ist offenbar der gestrigen Abend Sitzung des Kabinetts beizumessen, die fast zwei Stunden dauerte und an der sämtliche Mitglieder, soweit sie 3. H. in Berlin sich befinden, teilnahmen. Unmittelbar darnach hat der Reichskanzler die Herren Bradbury und Mauciere zu sich; er hatte eine fast einstündige Unterredung mit ihnen. Es heißt, daß heute wiederum sowohl das Kabinett als auch einzelne Vertreter des Kabinetts mit den Reparationsmitgliedern beraten werden. Aus gewissen Anzeichen darf man schließen, daß gestern Abend die Vorbereitungen zum Abschluß gekommen sind und es geriant den Ansehen, als ob die Reichsregierung von sich aus Erklärungen abgegeben habe, die unter Umständen als Grundlage neuer Beschlässe der Reparationskommission in Frage kommen könnten. Es ist vielleicht zu viel gesagt, wenn hier und da bereits von einer Annäherung gesprochen wird. Immerhin darf, wenn nicht alles trügt, ein Teil der Schwierigkeiten, die sich bei Anfang der Besprechungen äußerst trennend bemerkbar machten, als nunmehr beseitigt gelten.

Die französische Presse fährt inzwischen unentwegt fort, über die Berliner Besprechungen Mitteilungen in die Welt hinausgehen zu lassen, die den Eindruck erwecken sollen, als ob die deutsche Regierung bereits eine gewisse Nachgiebigkeit zu erkennen gebe. Demgegenüber ist immer wieder zu betonen, daß sich die Besprechungen auf einen ganz kleinen Kreis von Staatsmännern beschränken, die ihre politischen Gesinnungen doch wohl selbst hören dürften, wenn sie vorzeitig Andeutungen über den Stand ihrer Beratungen geben würden, die — das ist ungefähr das Einzige, was sich im Augenblick sagen läßt — bisher zu bestimmten Formulierungen von Forderungen und Gegenforderungen zur Stunde noch nicht geblieben sind.

*) Berlin, 24. Aug. (Von un. Berl. Büro.) Die Entscheidung über die Verhandlungen der Reichsregierung mit den beiden Abgesandten der Reparationskommission soll heute, spätestens morgen fallen. Am 10 Uhr ist das Kabinett zu einer Sitzung zusammengetreten, um 11 Uhr konfizierte der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister mit den Herren Bradbury und Mauciere.

Der Gang der bisherigen Verhandlungen.

*) Berlin, 24. Aug. Das „B. T.“ bringt eine Uebersicht über die Verhandlungen der Reparationskommission mit der deutschen Regierung. Der erste Empfang der beiden Abgesandten durch den Reichskanzler sei mit der Hervorhebung der bekannten Tatsachen ausgefallen gewesen, wobei der Reichskanzler ausgedrückt habe, es sei absolut notwendig, aus dem Zustand der Unmöglichkeit herauszukommen und zu einer brauchbaren Lösung der Reparationsfrage zu gelangen. Die Delegierten hätten davon Kenntnis genommen und die Besprechung sei nach einer kurzen Aussprache auf den Dienstag vertagt worden. Der zweite Empfang beim Reichskanzler habe einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über die Forderungen gegeben. Der Standpunkt des Reichskanzlers sowie des Reichsfinanzministers sei der, daß für Deutschland eine Diskussion über die Verpfändung der Bergwerke und Forsten auf keinen Fall in Betracht kommen könne. Diese Feststellung habe zu einer merklichen Spannung geführt und es sei im Laufe des Dienstag Abend die Rede gewesen, von einer Abreise der Vertreter der Reparationskommission. Die deutschen Gegenangebote seien allerdings zu dieser Zeit nicht bekannt gewesen. Diese Gegenangebote seien den Delegierten in einer dritten Sitzung am Mittwoch Abend zwischen 6 und 1/2 Uhr in der Reichskanzlei überreicht worden und die Delegierten dürften im angereizten Kreise über diese Vorschläge beraten haben. Das „B. T.“ meint, soweit es unterrichtet ist, solle heute bei einer Zusammenkunft der beiden Delegierten mit dem Reichskanzler eine Antwort auf die deutschen Gegenangebote erfolgen. Die Lage müsse als ernst bezeichnet werden, jedoch könne ein günstiges Moment darin erblickt werden, daß die Verhandlungen vorläufig weitergehen.

Moratorium nur gegen Pfänder.

*) Berlin, 24. Aug. Die „Deutsche Ztg.“ will aus Kreisen der Entschädigungskommission erfahren haben, daß dort die Ansicht bestehe, Deutschland sei mit einem kurzfristigen Moratorium nicht bedient, wenn nicht durch eine internationale Anleihe schnell die nötigen Mittel herbeigeschafft werden. Ein langfristiges Moratorium könne aber deshalb nicht in Frage kommen, weil weder Frankreich, noch Italien, noch Belgien Ordnung in ihre Finanzen bringen könnten, ohne die deutschen Entschädigungszahlungen. Man vermisst vor allem die deutschen Gegenangebote, die die Grundlage zu Besprechungen geben könnten. Bis her habe die deutsche Regierung lediglich das Informationsmaterial zur Verfügung gestellt. Eine Meinungsverschiedenheit zwischen Mauciere und Bradbury bestehe nicht. Beide Herren seien sich darüber klar, daß ohne die Gewährung von Pfändern selbst ein kurzfristiges Moratorium nicht in Frage komme. Die Pfänder selbst seien von geringem Wert, was überhaupt gefordert werden könne, und ein Moratorium ohne Garantien bringe die Gefahr in sich, daß Deutschland überhaupt nicht mehr zahle.

Die geben die Meldung der „Deutschen Ztg.“ mit allem Vorbehalt wieder, da nach wiederholten Erklärungen der zuständigen Stellen die Verhandlungen mit den beiden Vertretern der Reparationskommission streng vertraulich geführt werden und in allen Presseäußerungen nur Ansichten vermutet werden müssen.

Unzutreffende Sensationsmeldungen.

*) Berlin, 24. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Ein Berliner Mittagsblatt verbreitet heute sensationelle Nachrichten über den Stand der Berliner Reparationsverhandlungen. Diese Nachrichten, die sich im wesentlichen auf die gestrigen tendenziösen Informationen des Berliner Berichterstatters des „Matin“ und des „Welt“ stützen, sind, wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, absolut unzutreffend und nur geeignet, die allgemeine Nervosität und deren Auswirkung auf den Devisenhandel zu steigern. Die gestrigen Besprechungen mit den Herren Bradbury und Mauciere sind durchaus sachlich verlaufen. Wie an den vorhergehenden Tagen war die Arbeit der Konferenz auch gestern lediglich der Festlegung der deutschen finanziellen Verhältnisse gewidmet. Von deutschen Vorschlägen, insbesondere eines Anerbietens Deutschlands als Garantie für das Moratorium eine Summe von 50 Millionen Goldmark zu hinterlegen, ist nicht die Rede gewesen. Auch die Nachricht, daß die Verhandlungen bereits als gescheitert zu betrachten seien, widerlegt sich durch die Tatsachen, daß die Herren Bradbury und Mauciere heute vormittag mit dem Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister konfiziert haben.

Französische Tendenzen. Fortsetzung.

*) Berlin, 24. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Die Pariser Morgenblätter lassen sich aus Berlin über die Verhandlungen zwischen der Abordnung der Reparationskommission und dem Reich ausführliche Meldungen geben. Dabei läßt es natürlich nicht an der üblichen Tendenz mangeln. So behauptet der „Matin“, die deutschen Gegenangebote seien nichts weiter als eine neue Auflage der bereits früher vom Kanzler gemachten Zusicherungen über eine Finanzreform und einen Ausgleich der deutschen Budgets. Natürlich sind diese Gegenangebote für den „Matin“ völlig unannehmbar. „Welt“ Parisien“ glaubt in Gegenfug dazu folgenden deutschen Gegenanschlag mitteilen zu können, der Reichsfinanzminister habe angeboten, die Summe von 10 Millionen Mark in Gold zur Verfügung der Reparationskommission in das besetzte Gebiet überzuführen. Die Summe solle als Garantie für die deutschen Entschädigungen dienen. Nach dem „Welt Parisien“ haben aber die Delegierten der Reparationskommission den Betrag lächerlich gering gefunden und vor allen Dingen betont, daß ein großer Widerspruch darin bestehe, daß die deutsche Regierung eine Zahlungsausschub vorzuziehen und auf der anderen Seite eine Garantie in bar anbiete.

Die Radio-Agentur veröffentlicht in vorgeschätzter Abendnummer eine Note, aus der hervorgeht, daß die Verhandlungen in Berlin in ein neues Stadium getreten seien. Es sollen sich mehr darauf hingelen, ein Mittel zu finden, um das Devisentorium zu vermeiden, indem die Zahl der perlovischen Zahlungen Deutschlands vermindert wird.

Belgiens Unterstützung für Frankreich.

*) Berlin, 24. Aug. „Libre Belgique“ bringt eine halbamtliche Auskunft zu der Rede Poincares in Bar-le-Duc, die in Belgischen Regierungskreisen ausgezeichneten Eindruck gemacht habe. Frankreich habe das Recht, gewisse Garantien für die Durchführung der Wiedergutmachung zu verlangen. Belgien sei bereit mit ihm einzig. Die entschlossene Politik Poincares finde die völlige Billigung der belgischen Regierung.

Der Berichterstatter des „B. T.“ meint, dieses Kommtentur sei ohne Zweifel darauf berechnet, den Forderungen Frankreichs in Berlin Unterstützung zu geben und das Wohlwollen Belgiens für Frankreich über jeden Zweifel zu erheben. Es sei aber nicht gesagt, daß Belgien sich hinter Frankreich stelle, wenn es zu Kompromissen in der Wiedergutmachungsfrage komme. Der Eindruck der Rede Poincares in England sei nach den Äußerungen der englischen Blätter sehr peinlich.

Italien und die Wiedergutmachungsfrage.

*) Mailand, 23. Aug. Die „Stampa“ bezeichnet es in einem Leitartikel als Irrtum, von einer Solidarität der italienischen und französischen Wiedergutmachungsinteressen zu sprechen. Die Stellung Italiens sei sehr verwickelt. Von jener Poincares. Italien müsse zwar an dem Grundlag festhalten, daß es England nur in dem Maße bezahlen könne, wie es von Deutschland bezahlt werde, und es müsse versuchen, sich auf dieser Grundlage mit der englischen Regierung zu verständigen. Es könne sich aber nicht einer Politik anschließen, die entweder den Bankrott oder die Aneignung Deutschlands, wenn nicht beides zusammen, anstrebe, um Frankreich um wirtschaftlichen und politischen Beherrschung des europäischen Festlandes zu machen.

Die Antänkung der Möglichkeit einer direkten deutsch-italienischen Verständigung gegen England betrachtet das Blatt als eines französischen Druckmittel gegenüber England, von dem Frankreich den Verzicht auf seine Kriegsguthaben verlangt. Letzteres erscheinen die Aussichten einer solchen Verständigung unerschwerbar mit der jüngsten Rede Poincares, die von Hoff gegen das deutsche Volk strog.

Teilweise Aufhebung der Retorsionen.

*) Frankfurt a. M., 24. Aug. Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Paris gemeldet, daß die gestern als unmittelbar bevorstehend angekündigte Aufhebung der gegen die in Elsch-Bohringen anhängenden Deutschen ergriffenen Retorsionsmaßnahmen nunmehr offiziell bekannt gegeben wird. Die über die deutschen Guthaben bei elschlothingischen Banken verhängte Sperre wird in den nächsten Tagen fallen. Dagegen bleiben die am 12. August verfügten Ausweisungen unverändert erhalten. Die Retorsionsmaßnahme, die am 3. August verhängte Retorsionsmaßnahme bereits am 23. August wieder aufgehoben, wird kaum dazu beitragen, das französische Prestige zu heben. Besser hätte die französische Regierung ihre Unfähigkeit, wirksame Sanktionen zu ergreifen, kaum demonstrieren können.

Die Lage in Irland.

*) London, 23. Aug. Die Ermordung des Oberbefehlshabers der irischen Freischützer Michael Collins erregt ungeheures Aufsehen. Collins befand sich auf einer Inspektionsreise und war von einer Anzahl Offiziere und Soldaten begleitet, als ein von einer großen Anzahl Regulierer unternommener Angriff erfolgte. Es entspann sich ein lebhaftes Feuergefecht, in dessen Verlauf Collins einen Kopfschuß erlitt und kurze Zeit darauf verschied. Seine letzten Worte waren: Herr, verzeihe ihnen. Die Blätter wollen behaupten, daß das vor kurzem erfolgte Ableben Griffiths und die Ermordung Collins für den irischen Freistaat das Todesurteil bedeuten. Beide waren die Hauptunterstützer des Dominion-Irelandkommens. Bei der Aufstandsbewegung hatte Collins die Führung des irischen Freistaates übernommen. Bei dem Mordanschlag an führenden Persönlichkeiten werde die Wahl des Nachfolgers schwierig sein. Offiziell wird mitgeteilt, es sei nicht unwahrscheinlich, daß das irische Parlament am Samstag zusammenzutreten werde. Der Chef des Generalstabs des irischen Freistaates, General Richard Mulcahy erteilt ein Manifest an das irische Volk, in welchem er es auffordert, das nicht vollendete Werk Collins unerschrocken zu Ende zu führen.

De Valeras Niederlage.

*) London, 23. Aug. Die „Morning Post“ meldet aus Dublin, daß de Valera in den nächsten Tagen eine Erklärung veröffentlichen werde, in der der Versuch der Errichtung der Republik als gescheitert bezeichnet wird und seine Anhänger aufgefordert werden, die Waffen niederzulegen und den Kampf durch konstitutionelle Mittel fortzusetzen. Das Blatt glaubt, daß die irische Regierung bereit sei, unter diesen Bedingungen mit de Valera zu verhandeln.

Eine neue Völkerbundstagung.

*) Frankfurt, 24. August. Der allgemeinen Versammlung des Völkerbundes, die in diesem Jahre am 4. September in Genf eröffnet wird, geht am 30. August eine Tagung des Völkerbundes voraus, auf deren Tagesordnung u. a. mehrere Angelegenheiten des Saargebietes stehen. Es handelt sich insbesondere um die Ernennung der Kommission zur Aufstellung der Liste derjenigen Einwohner, die berechtigt sind, an der Wahlstimmgebung im Jahre 1925 teilzunehmen und um die Ernennung eines Mitgliedes der Regierungskommission anstelle des Dr. Hecker, dessen Amt am 1. September abläuft. Dr. Hecker selber hat Regierung bekanntlich als Beobachter an und schließlich Parteien des Landes haben gegen seine Wiederernennung Verwahrung eingelegt. Ferner stehen auf der Tagesordnung dieser Tagung folgende Fragen: Entgeltliche Regelung der Frage der heiligen Orte in Palästina, Bemerkungen des permanenten Mandatskommissars über die Verwaltung der Gebiete unter Mandat C., deutsche Kolonien in Südwestafrika, pazifische Inseln, Verträge in Albanien, Letland und Estland, Grenzen zwischen Oesterreich, dem serbokratischen Staat und Ungarn.

Aufhebung der bayrischen Notverordnung.

§ München, 24. August.

Die bayerische Notverordnung zum Schutze der Verfassung der Republik vom 24. Juli 1922 wird, wie das O.N.B. erfährt, mit Wirkung ab heute Donnerstag durch Erlaß des gesamten Staatsministeriums aufgehoben werden. Damit ist die Krise im Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich endgültig beseitigt.

Die amtliche Bekanntgabe des Ergebnisses der Berliner Besprechungen.

§ München, 23. Aug. Die amtliche bayerische Stellungnahme zu dem Ergebnis der Berliner Besprechungen, durch die der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich behoben wurde, ist am Mittwoch um 5 Uhr der Öffentlichkeit übergeben worden. Sie stellt eine umfangreiche zusammenfassende Betrachtung der ganzen Verhandlungen während des Konfliktes dar, der sich in fünf Teile gliedert.

Der erste Teil stellt u. a. fest, daß die bayerische Regierung von Anfang an Widerspruch gegen die Schutzeinrichtung erhoben hatte, da man in Bayern über die tiefgehende Beeinträchtigung der bayerischen Justiz- und Polizeibehörden erbittert war, die die Annahme der Schutzgesetze hätte bedeuten müssen.

Im zweiten Teil werden die Bemühungen Bayerns, im Reichsrat und im Reichsausschuß des Reichstags eine Änderung der Gesetze zu erreichen, zusammenfassend dargestellt.

Die Annahme der Schutzgesetze im Reichstag und der Erlaß der bayerischen Verordnung vom 24. Juli sind Gegenstand des dritten Teiles der amtlichen Mitteilung, wobei besonders darauf verwiesen wird, daß die bayerische Verordnung dauerndes Recht weder schaffen konnte, noch schaffen wollte, aber die unerbittliche Uebernahme des Staatsgerichtshofes für Bayern durch einen entscheidenden Schritt mit sofortiger Wirksamkeit verhindern und die Grundlage schaffen sollte, von der aus eine für Bayern erträgliche Vereinbarung getroffen werden konnte.

Das vierte Kapitel behandelt das Ergebnis der ersten Berliner Verhandlungen, die zum Abschluß des bekannten Berliner Protokolls führten. Es wird hier besonders betont, daß die Vereinbarung dieses Protokolls bereits grundsätzlich und im einzelnen einen recht erheblichen Erfolg für Bayern darstellte. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird dann im einzelnen näher besprochen und darauf verwiesen, daß dieses Protokoll nicht die Zustimmung der Koalitionsparteien und der Gesamtregierung fand.

Der entscheidende fünfte Teil der bayerischen amtlichen Mitteilung befaßt im Wortlaut:

Die neuerlichen Besprechungen vom 19. und 20. August 1922 haben zu einer weiteren Klärung und in wichtigen Punkten zu einer Ergänzung des bisherigen Verhandlungsergebnisses geführt. Das Ergebnis der neuerlichen Besprechungen, wie auch eine Anzahl bereits früher vereinbarter Punkte wurden in geeigneter Weise feststellend festgelegt. Das Ergebnis ist in der Hauptsache folgendes:

1. Dem Staatsgerichtshof wird ein süddeutscher Senat gebildet. Die Ernennung seiner Mitglieder erfolgt nach Benehmen mit den beteiligten Bundesregierungen. Ihm werden drei bayerische Richter und eine entsprechende Zahl bayerischer Reichsgerichtsräte angehören. Als Vorsitzender können ausschließlich oder zum Teil Personen vorgeschlagen werden, welche die Befähigung zum Richteramt besitzen. Der Senat kann auf Grund eigener Beschlussfassung auch an einem süddeutschen Ort tagen.

2. In den Fällen, in denen die Zuständigkeit des süddeutschen Senats gegeben ist, wird das Begnadigungsrecht vom Reichspräsidenten im Benehmen mit der Bundesregierung oder auf deren Vorschlag ausgeübt.

3. Nach Prüfungnahme mit der bayerischen Regierung wird ein bayerischer Beamter zur Rechtsanwaltschaft als Referent des Oberreichsanwalts für bayerische Sachen bestellt.

4. Es wurde neuerdings mit Nachdruck betont, daß die Uebertragung der Strafsachen an die ordentlichen Gerichte die Regel bilden wird. Die bayerischen Staatsanwälte werden angewiesen, bei Vorlage der Akten an den Oberreichsanwalt sich darüber zu äußern, ob eine Sache zur Behandlung durch den Staatsgerichtshof oder die ordentlichen Gerichte eignet. Die Besprechungen werden von der Oberreichsanwaltschaft sachgemäß berücksichtigt werden.

5. Über die Reichsregierung noch die Bundesregierungen dürfen auf Entscheidungen des Staatsgerichtshofs in Verwaltungssachen irgendwelchen Einfluß nehmen.

6. Der bundesstaatliche Charakter des Reichs, die Staatspersönlichkeit und die Hoheit der Länder wurden neuerdings anerkannt. Es wurde wiederholt zugesagt, daß das Reich die Hoheitsrechte der Länder nicht unter Abänderung der verfassungsmäßigen Zuständigkeiten des Reichs an sich ziehen werde. Darüber hinaus wurde zugesichert, daß die Reichsregierung von den noch nicht ausgeschöpften Zuständigkeiten nicht ohne Rat und nicht ohne Zustimmung des Reichsrats

gebrauch machen werde und daß sie nicht willens sei, bisherige Aufgaben der Länder in die Verwaltung des Reichs durch neue Reichs-Mittel- und Reichs-Unterbehörden zu übernehmen.

Zu den Punkten Nr. 1, 2 und 3 waren schon bei den ersten Besprechungen bestimmte Grundzüge vereinbart. Wenn man den Gang der Verhandlungen und ihr schließliches Ergebnis zusammenfaßt, so läßt sich nicht leugnen, daß namentlich Bayern zum Schutze seiner Staatlichkeit und seiner Hoheitsrechte sehr wertvolle Sicherungen gegeben worden sind. Die Schutzgesetze sind selbstverständlich nach wie vor zu verwerfen. Volle Befriedigung kann nur durch die Aufhebung dieser Gesetze geschaffen werden. Bayern hat daher auch erklärt, daß an seinem grundsätzlich ablehnenden Standpunkt zu den Schutzgesetzen nichts geändert wird und doch namentlich der Staatsgerichtshof kein ordentliches, sondern ein außerordentliches Gericht sei, dessen baldige Wiederbeseitigung dringend notwendig erscheine. Auf der anderen Seite ist nicht zu verkennen, daß namentlich der Staatsgerichtshof in seiner ganzen Einrichtung sehr erhebliche Verbesserungen aufweist, und daß infolgedessen die ursprünglichen Bedenken praktisch zu einem großen Teil beseitigt sind. Auf dem Gebiete des Vollstreckens sind die bayerischen Wünsche im Rahmen der Gesetze erfüllt. Eine Änderung der Gesetze ist auf dem Wege einer Vereinbarung natürlich ausgeschlossen. Die grundsätzliche Erklärung über die föderative Gliederung des Reichs ist erheblich vertieft und erweitert worden. Die zugestandene Einschränkung der den Spruchkammern verfassungsmäßigen Zuständigkeit ist darin so weitgehend, daß einer weiteren Untarrierung und Zentralisierung ein festiger Damm entgegensteht. Unter diesen Umständen ist der Unterschied zwischen dem Erreichbaren und Erreichten einerseits und dem Gewollten andererseits so gering geworden, daß für Bayern kein genügender Grund mehr besteht, an seiner einstweiligen Sonderregelung festzuhalten. Es darf daher wohl mit der demnächstigen Aufhebung der bayerischen Verordnung gerechnet werden. Angesichts des bedeutenden Erfolges, den die bayerische Politik im föderalistischen Sinne nicht nur für Bayern, sondern für alle Länder des Reichs erzielt hat, darf wohl eine abschließende Verabredung der weitesten Volkswirtschaft wie auch ein neuer Impuls zu freudigem Zusammenwirken mit dem Reich erhofft werden.

Saargebiet.

Die Flaggenfrage.

§ Neunkirchen, 23. Aug. Die Regierungskommission des Saargebietes weist daraufhin, daß nach der Verordnung vom 28. 7. 20 das Saargebiet die Flagge blau-weiß-schwarz führt und daher das Beflaggen in anderen Farben außer den drütschen oder kirchlichen nicht gestattet ist. Dazu schreibt die „Saar- und Blieszeitung“: Die Regierungskommission scheint das Saarstatut des Friedensvertrages nicht zu kennen, sonst müßte sie wissen, daß das Saargebiet kein selbständiger Staat ist, also auch keine eigene Flagge führen darf. Die Saarregierung mag übrigens einmal die Flaggen unter die Lupe nehmen, die auf den Schächten der Gruben flattern. Wir glauben kaum, daß es die „saarländischen“ Farben sind, die von der Grubenverwaltung dort gezeigt werden.

Forderungen des A. D. G.

Gegen die Teuerung.

§ Berlin, 24. Aug. (Von unfr. Berl. Büro.) Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat dem Reichsernährungsminister folgende Forderungen unterbreitet:

Beschlagnahme und Rationierung der Lebensmittel, Kleider und Schuhe, Festsetzung eines Zwangskurses der Mark, Festsetzung von Höchstpreisen, Uebernahme des gesamten Ausfuhrhandels durch die Reichsregierung, Devisenein- und Verkauf nur durch das Reich, schärfste Ueberwachung der Preisbildung durch das Reich, sofortiges Verbot von Auchen und Luxusartikeln, sofortiges Verbot der Herstellung von Vikoren, Konfitüren und Schokolade, Einschränkung der Biererzeugung, Verbot von Schaumweinfabrikation, Einfuhrverbot für Wein, Apfelsinen usw.

Deutsches Reich.

Die Getreideumlage in Preußen.

§ Berlin, 24. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Einem Ausfrager erklärte der preussische Landwirtschaftsminister Wendorf, daß eine allgemeine planmäßige Ochraktion der Getreideumlage bisher nicht aufgetreten sei und daß die Getreideumlage selbstverständlich entsprechend dem Reichsgesetz durchgeführt werde. Aber der Durchführung händen große sachliche Hindernisse im Wege, einmal die ungleiche und teilweise sehr schlechte Ernte, zum andern der fest-

an einem kleinen Tisch arbeitet. Blumen legen vor ihm auf dem Tisch. Er nimmt sie einzeln auf, spricht zu ihnen, legt sie wieder hin und schreibt Zahlen in ein kleines, schwarzes Notizbuch, das er nie aus den Händen läßt. Denn bei den großen Konferenzen vor der Oster- und vor der Herbstversammlung muß er das Notizbuch haben.

„Wenn die alte Frau auf den freilebenden Mann steht, kann sie das Bild nicht lange im Auge behalten. Nur wenige Minuten beobachtet sie ihn; denn wandert ihr Blick zum Himmel hinauf, an den sie stets die nämliche Frage richtet, und der ihr doch niemals eine Antwort gibt.“

Aber nicht lange verweilt sie in solcher Zwoesprache. Bald lenkt ein anderes Bild ihre Gedanken ab. Vom Hause her kommen zwei schöne, große Menschen, eine schlanke, blonde Frau und an ihrer Seite ein erster, kleiner Mann, dessen blaue Farbe und eingefallene Gesichtszüge verraten, daß er eine Krankheit durchgemacht hat. Er hat ein feines, ausgeglichenes Gesicht, dessen Harmonie durch ein kleines, rotes Wundmal an der rechten Schläfe ein wenig beeinträchtigt wird. Er geht an einem Stuhl, doch ohne zu sitzen, und nur sehr scharf hinsieht, erkennt, daß er blind ist, und daß die Frau, die ihren Arm in den seinen gelegt hat, ihn führt.

„Sicht sind sie an der Bank angelangt. Die Greisin streckt ihnen beide Hände entgegen.“

„Kinder! Kinder! Doch ich euch hier habel! Doch ich euch bei mir habel! Ich kann es noch immer nicht glauben. Ich danke es dem lieben Gott jeden Morgen.“

„Sie ordnet geschäftig die Kissen und bereitet dem Blinden auf der Bank einen weichen, behaglichen Platz. Dann wendet sie sich an die Frau.“

„Ist die Post schon dogewesen, Harriet?“

„Die schöne große Frau relaxt ihr einen Seufzer. „Eine Karteicht von Gerda. Siegmund Rau ist gestorben.“

„Die Greisin soltet die Hände. „Gott schenke ihm eine fröhliche Urstätt. Er hat lange leiden müssen.“

„Aus den schmerzlichen Augen des Blinden quillt es feucht. In tiefen Atemzügen hebt und senkt sich seine Brust.“

„Er hat den Frieden gefunden, den wir alle suchen. Ich könnte ihn beneiden.“

„Die große, blonde Frau gibt ihm einen leichten Schlag auf die Hand.“

„Johannes, schäme dich!“ Hästt du so dein Versprechen?“ Er wendet den Kopf ihr zu.

gelegte Umlagepreis, der bekanntlich 6000 M pro Tonne betragt, während jetzt im freien Verkehr bereits 1500 M und darüber für den Zentner bezahlt werden. Jedenfalls sei die preussische Regierung auf das eifrigste bemüht, um die Brotversorgung wenigstens in dem gesetzlichen Umfang sicherzustellen.

Für eine Reichsgrundsteuer in Naturalien.

§ Berlin, 24. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Der abendburgische Ministerpräsident Tange hat dieser Tage im Verband der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe in Paris einen Vortrag über Kleinbauern und Landwirtschaft gehalten, in dessen Verlauf er einen interessanten steuerpolitischen Vorschlag entwickelte. Dieser Vorschlag besteht in der Ersetzung aller direkten Steuern des Grundbesitzes durch eine Reichsgrundsteuer in Naturalien. Tange beabsichtigt, in einer im nächsten Monat stattfindenden Ministerkonferenz in Braunschweig einen Vortrag darüber zu halten.

Beamtenfragen.

§ Berlin, 23. Aug. Bei der bevorstehenden Neuordnung des Beamtenrechts handelt es sich, wie wir erfahren, nicht nur um die Gesetze über die Altersgrenze der Reichsbeamten, von denen in der Presse in den letzten Tagen die Rede war, sondern auch um die grundsätzliche Neuordnung des Disziplinargesetzes der Beamten, das in der nächsten Woche fertig gestellt sein wird. Der Entwurf eines Gesetzes über die Krankenterversicherung für die Beamten ist bereits so weit fertiggestellt, daß der erste Entwurf durchgearbeitet ist und in aller nächster Zeit Besprechungen mit den Reichsressorts, Ländern und Beamtenvertretungen bevorstehen.

Der Rathenauordprozess in Leipzig.

§ Berlin, 24. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Bisher war es zweifelhaft, ob gegen die Rathenauordrder Tschow und Gernot in Berlin oder Leipzig verhandelt werden sollte. Nunmehr hat aber der Staatsgerichtshof entschieden, die Hauptverhandlung in Leipzig stattfinden zu lassen, und zwar im großen Sitzungssaal des Reichsgerichtshofs. Die jetzt noch im Moabitier Untersuchungsgefängnis sitzenden Angeklagten werden anfangs September nach Leipzig überführt werden. Die Verhandlung ist, wie die „Dona“ erfährt, noch im September zu erwarten.

§ Berlin, 24. August. (Von unserem Berliner Büro.) Im Reichsarbeitsministerium haben heute vormittag Verhandlungen über den neuen Reichsarbeitsvertrag für die Bergarbeiter im deutschen Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau, sowie über die angelegten der immer schwieriger werdenden Kohlenversorgung besonders wichtigen Fragen der Ueberführten begonnen.

Baden.

Keine Kommunistenverhaftungen in Durlach.

ORB, Durlach, 24. Aug. Entgegen der von dem kommunistischen Organ für Baden und die Pfalz getragenen Meldung, daß wegen der Ausschreitungen, die im Anschluß an die Rathenau-Standgebungen in Durlach von Radikalen begangen wurden, gegen 20 Personen, meistens Kommunisten, verhaftet worden seien, wird von zuverlässiger Stelle mitgeteilt, daß wegen der Ausschreitungen in Durlach Verhaftungen nicht vorgenommen worden sind. Wegen der in dem Artikel weiter enthaltenen beleidigenden Angriffe gegen die Strafverfolgungsbehörde bleibt, wie die Presseabteilung der Badischen Regierung mitteilt, die Einleitung eines Strafverfahrens gegen die für den Artikel verantwortlichen Personen vorbehalten.

Bayern und die Pfalz.

Katholischer Lehrertag in Speyer.

ORB, Speyer, 22. Aug. In dem katholischen Lehrertag nahmen mehrere hundert Lehrer und Lehrerinnen aus der ganzen Pfalz und der Saar und der Bles teil. Die Vormittagsberatungen beschäftigten sich mit internen Berufsfragen, wobei die Lehrerinnen u. Lehrer getrennt tagten. Die Nachmittags Sitzung wurde mit einer Begrüßungsansprache des ersten Vorsitzenden Oberlehrer Hülle eingeleitet, der den Bischof von Speyer und den Regierungsvertreter, sowie die Lehrerinnen und Lehrer von der Bles und Saar ganz besonders begrüßte. Bischof Dr. Ludwig Sebastian sprach den katholischen Lehrern und Lehrerinnen seinen Anerkennung für den guten Geist aus, der in ihnen lebt und spendete den oberirdischen Segen. Die Ausführungen der Referenten verdrängten sich in einer einstimmig angenommenen Entschließung, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Versammlung ebenfalls laut ihre Stimme für die Bekämpfung der Unwissenheit und Unentgelt für die gleiche Werbung und Gleichberechtigung der Befähigten neben anderen Schulgattungen eintritt. Die Versammlung verlangt, daß den Forderungen der Erziehungsberechtigten nach Schulen ihres Bekenntnisses überall dort Genüge getan werde, wo ihrer Verwirklichung nicht schwere schulfachliche Bedenken entgegenstehen.

„Es ist sehr schwer, wieder Lebensfreude zu gewinnen, wenn man sich in der Welt der Menschen weilt und sich wie ein Verbrecher in einem Schlafwinkel verirren muß.“

Harriet lacht hell auf.

„Um diesen Schlafwinkel möchte dich mancher Verbrecher beneiden. Und die Ach? Weißt du es noch nicht, daß es stets das Schicksal der Ersten gewesen ist, geachtet zu werden? Wie ging es den großen Erfindern James Watt mit seiner Dampfmaschine, Benjamin Franklin mit seinem Blitzableiter, dem Grafen Zeppelin mit seinem Luftschiff? Sie alle sind von den Menschen einmal gefeiert worden.“

„Ach bin kein Erfinder.“

„Rein, Johannes, das bist du nicht. Aber vielleicht ist die blaue Flamme etwas Lehnliches wie eine Erfindung. Sie ist eine Erfindung der Natur, die in dir der Menschheit zum ersten Male als etwas Vollkommenes geboten wurde. Hesseher hat es zu allen Zeiten und überall gegeben. Jetzt endlich ist der Natur das Meisterwert geglikt. Nun wird es häufiger auftreten.“

„Ob es für die Menschheit ein Segen sein wird?“ Die Greisin legt ihre gelbe, faltige Hand auf die schmale, bläuliche ihres Entels. „Ob es für die Menschheit ein Segen sein wird?“

Der Blinde gibt den Druck zurück.

„Rein, Großmutter, ich glaube, es wird nicht gut sein. Eine große Todesfurcht wird um sich greifen, wenn viele die blaue Flamme kennen und sie in den Dienst der Menschen stellen wollen. Es wird nicht gut sein.“

Harriet schüttelt den Kopf.

„Schon wieder nimmst du die Dinge zu schwer, du — Harriet. Just das Gegenteil von dem wird eintreten, was du denkst. Man wird den Tod ankünden können, wie man heute ein Gemitter ankündet. Und man wird die Furcht vor ihm verlieren, wie man die Furcht vor dem Gemitter verloren hat. Heute noch wissen wir nur, daß jeder Mensch einmal sterben muß. Das Mann bleibt ungewiß. Es kann heute, es kann morgen eintreten. In dieser Ungewißheit liegt die Quelle der Todesfurcht. Wenn sie von den Menschen genommen wird, dann wird der Tod seinen Stachel mehr haben.“

„Es sind ja nur Wochen, armselige vier Wochen, Harriet, die die Flamme voraussetzt. Was will diese kurze Zeitspanne belagen?“

„Wer Wochen zeigte die Flamme dir an, Johannes. Aber demnach Nachfolger werden mehr wissen. Du darfst niemals vergessen, daß du nur der erste gewesen bist, nur der erste.“

Die blaue Flamme.

Roman von Heinz Weiten.

(Nachdruck verboten.)

Copyright 1921, by Verlag von Rich. Bong, Berlin.

(Schluß.)

Epilog.

Don Trict fährt die Eisenbahn in das malerische Mittelgebirgsland der vulkanischen Insel. Hinter Donn, einem kleinen Flecken, liegt die berühmten österreichischen Feitmarische entkommen, einem wunderbaren, tiefblauen vulkanischen See, dem Schalkmehrer-Planer, vorüberführt nach Röncheberg, das im lieblichen Tale der Grotte gelegen ist.

Am Röncheberg ist gut sein für Menschen, die in stillem Frieden ihre Tage beschließen wollen. Denn in Röncheberg ist es wie in einem Dorf der armen Insel, deren schlackiger vulkanischer Boden reich an Korn und Kartoffeln genug gibt, um seine Bewohner zu ernähren. Am Morgenmorgen führen die jungen Röncheberger und Frauen, nach Rön und Düsseldorf, um in den Fabriken und Eisenwerken in schwerer Arbeit ihr beschelbendes Brot zu verdienen. Am Abend, um für wenige sonnige Stunden die reine Luft ihrer Heimat zu atmen. Eine kurze Ruhepause nur ist es in der harten Arbeit, die ihre besten Jahre verschlingt. Denn erst, wenn sie alt geworden sind, so alt, daß die Tobirtherren sie nicht mehr als „volle Kraft“ bezählen, dürfen sie doheimbleiben, ihr Hauswesen versorgen und ihr Stücken Acker oder Wiesenland bestellen. In Röncheberg ist es still in den Tagen der Woche. Beer und ausgestorben liegt das Dorf, und der Tourist, der es auf der Wanderung durch die hohe Berge Röncheberg hört man zuweilen plaudernde Stimmen. Dort eine alte, uralte Frau. Sie hat ein stilles, unweiliches Gesicht, das weisheit der Zeit gezeichnet ist und von wunderbarem weichen Haar umgeben, alten Kapellendebout, der seine mächtigen Welse weit über die Grottenmauer auf die Landstraße wirkt.

„Was den blauen, scharfen Augen, an denen die Zeit aufgehoben wird, schaut die Greisin auf einen alten Mann, der unweit von ihr

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Niederbruch der holländischen Industrie.

Aus Amsterdam schreibt uns unser Sonder-Berichterstatter: Wenn man von Amsterdam südwärts ins Land fährt, sieht man aus dem Eisenbahnfenster auf halbfertige Fabrikgebäude, deren Mauerwerk zusammenbricht, weil der Bau nicht mehr fortgeführt wird. Viele Millionen Gulden sind für diese Gebäude investiert worden. Heute bücht man diese Beträge als reinen Verlust. In vielen Fällen sind die Unternehmer an den Grundstücken, die während des letzten Kriegsjahres entstanden, zugrundegegangen. Was aus den Mauersteinen werden soll, weiß niemand. Vielleicht entscheidet sich der eine oder andere Besitzer — meist sind es Banken, die infolge früher erteilter Kredite das Eigentumsrecht erworben haben — die Ziegel zu verkaufen, was immerhin beträchtliche Demolierungskosten verursacht. Der Grund ist auch ein Drittel des Wertes von 1919 im Preise gesunken. So gut, wie ausgeschlossen ist es, daß sich ein industrieller für das Bauwerk interessieren würde, um einen Betrieb irgendwelcher Art einzurichten zu lassen. Für die niederländische Industrie ist die schwerste Zeit der Prüfung gekommen. Daß man den Niederbruch nicht durch wahnwitzige Schutzmaßnahmen retten kann, gelangte während der letzten Monate zur Überzeugung der andertreibenden Kreise. Gewiß, in einigen Industriezweigen, wie dem Buchdruckergewerbe, sah man sich gezwungen, zu Erschwerungen der Einfuhr von Zeitschriften (die für holländische Rechnung in Deutschland gedruckt werden) Zucht zu nehmen. Allein, die große Barriere, die von einer Vereinigung Industrieller kürzlich gefordert wurde, wird nicht zustandekommen. Die neue Parlamentsmehrheit scheint nicht geneigt, in den Fehler einer Antidumpingpolitik gegenüber Deutschland zu verfallen. Die teilweise Vernichtung industrieller Unternehmungen in Holland könnte dadurch nicht verhütet werden. Im Gegenteil: Nach einem kurzen Ausruhen käme eine kritische Verschärfung der Situation, unter gleichzeitig erhöhter Invasion ausländischer Produkte.

Die Rettung liegt allein in der allmählichen Verminderung der Arbeitslöhne und dieses Ziel soll, wie aus Erklärungen bedeutender holländischer Wirtschaftskenner hervorgeht, durch die Verbilligung des Lebensunterhalts erreicht werden. Momentan läßt sich der gezeigte Weg noch nicht beschreiten. Die Arbeitslöhne in allen holländischen Industrie, die — das sei betont — bereits vor dem Kriege eine feste Position besaßen, also nicht sogenannte Konjunktur-Industrien sind, fallen einseitig unter dem Druck der Notwendigkeit; die Arbeiter nehmen geringeren Lohn, im Einverständnis mit den Gewerkschaften, um die Stilllegung der Betriebe zu vermeiden; doch nur in ganz wenigen Fällen gelingt es, diese Stilllegung tatsächlich zu umgehen. Trotz vielfacher Beweise guten Willens, kommt es schließlich immer und immer wieder zu dem katastrophalen Ende: Arbeitsentlassung infolge finanzieller Unhaltbarkeit des Betriebes. Mit anderen Worten, die Kosten des Lebensunterhaltes sind nicht soweit gesunken, daß die holländischen Industrien im Inlande konkurrenzfähig gemacht werden können. Mit großer Sorge verfolgt man den Gang der Ereignisse in Deutschland, dessen Industrie, infolge des Zusammenbruchs der Mark, unauffhaltsam durchdringt, selbst die jenigen holländischen Erzeugnisse vom inländischen Markte verdrängt, die als Teil einheimischer Schlüsselindustrien anzusehen sind. Die von Finanzkundigen vertretene Ansicht, man müsse die hohe Guldenvaluta „verwässern“, um den Gulden „exportfähig“ zu machen, klingt wohl schön, aber sie läßt sich nicht in die Wirklichkeit umsetzen.

Über die Tragweite des rasch fortschreitenden Zerfallsprozesses der holländischen Industrien erteilt der heute erschienene Vierteljahresbericht des Zentralbüros für Statistik einen geradezu alarmierend wirkenden Aufschluß. In folgenden Industriezweigen hat die Stilllegung der Betriebe während der Monate Juni und Juli zur beinahe vollständigen Vernichtung der holländischen Fabrikation geführt: in den großen Mastrichter Töpferwerkstätten, in den Flaschenfabriken, Fensterglasfabriken in der Herstellung von Spiegelglas; die Möbel- und Kistenindustrie befindet sich in einem kaum mehr lebensfähigen Zustande. Noch schlimmer steht es in den Schuh- und Lederwaren-Fabriken, die allmählich den Tiefstand der Konfektionsindustrie erreichen; in der Metallindustrie wird ausschließlich mit Verlusten gearbeitet, zum Teil begnügt man sich mit Preisen, die über die Erzeugungskosten nicht hinausgehen, nur um einen Teil der Arbeiterschaft nicht brotlos zu machen. Die Textilfabriken sind gezwungen, ihre Arbeiter, selbst die geschultesten, zu entlassen, da sie nicht mehr konkurrieren können. In der Zigarrenindustrie herrscht Niedergang auf der ganzen Linie, obwohl die Lage nach Einführung der Bänderrollesteuer auf Zigarren nicht in dem Maße schlimmer wurde, als man annahm. (Einige Fabriken arbeiten für die spanische Tabakregie.)

Das ist, in breiten Umrissen, der gegenwärtige Stand der holländischen Industrien. Es läßt sich aber auch feststellen, daß die dem Baugewerbe nahestehenden Betriebe im Laufe des Jahres erheblich gelitten haben. Die Vorräte der Backstein- und Kalksandsteinfabriken reichen aus, sodaß ein großer Teil des Personals entlassen werden mußte. Das Gleiche gilt für die Fabriken von Genußmitteln. Ob sich die Konserven-Industrie halten können, dürfte sich in aller Kürze entscheiden. Jedenfalls erfolgten im Frühjahr eine Reihe von Liquidierungen und Fabrikverkäufen an englische Syndikata. Nach der vorliegenden Statistik nimmt die Arbeitslosigkeit nicht allein in den Industrien, sondern auch im Landbau ab. Fruchtbare Strecken, wie die Provinzen von Drente und Friesland, bieten Landarbeitern keine Erwerbsmöglichkeit mehr. Die aus Deutschland und anderen europäischen Staaten nach Holland gekommenen Arbeiter beginnen zurückzuströmen, da sie ihre Beschäftigung verlieren. Zudem bieten sich einheimische Arbeitskräfte im Landbau zu sehr mäßigen Lohnbedingungen an.

Für die holländische Industrie würde die Verbilligung des Eisenbahntarifs eine wesentliche Milderung der Situation bedeuten. Der Versuch wurde unternommen, Besprechungen mit dem Verbands der Eisenbahnbahnenleiter zu führen. Aus der Lagebeschreibung des Verkehrsministeriums ging die kaum abzustreitende Tatsache hervor, daß das heutige Betriebsdefizit der holländischen Eisenbahnen auf die enorme Lohnsteigerung zurückzuführen sei, also nicht auf Verzögerung des Materials und auf Neuschaffungen, Reparaturen etc. Ganz anderer Ueberzeugung ist der Fachverband. Die Verminderung der Löhne würde von den Arbeitern vorläufig abgelehnt. Es bleibt demnach bei den ungeheuer hohen Fracht- und Personentarifen. Die Arbeiter halten den Lebensstandard noch nicht für genügend vermindert, um eine Herabsetzung der Löhne gutzuhalten.

Nebst einer Lohnverminderung, nach der die holländische Industrie verlangt (die bisherigen Reduktionen reichen nicht aus), ist die Klärung der europäischen Finanzprobleme, von der man hier eine Besserung erwartet. Deshalb machte das negative Ergebnis der Londoner Konferenz in allen industriellen und bankären Kreisen einen niederschmetternden Eindruck. Nicht nur die Industrie Hollands, auch die Schiffahrt, die Kolonialunternehmungen, leiden unter den Folgen der französischen Europapolitik. In der das Reparationsproblem die entscheidende Rolle spielt. Kürzlich sprach ich darüber mit dem Direktor der Rotterdammer Bank-

Dollarkurs 1870 Mark.

vereinigten Westerman, dessen Urteil in dieser Frage in England und in den Vereinigten Staaten hoch eingeschätzt wird. „Solange Frankreich die Entschädigungsfrage als politisches Element betrachtet, als Drehpunkt seiner Vorkriegsplanung auf dem Kontinent“, erklärte mir Westerman, „solange wird Europa hin- und hergerissen. Die Entscheidung muß den Wirtschaftsmännern und Finanzkundigen überlassen werden. In England ist man zu dieser Erkenntnis gelangt. Wir Holländer wissen das etwas länger. Wann werden es die Franzosen einsehen?“ Nach Westermans Meinung drängt sich den Vertretern des holländischen Handels und der Industrie die Pflicht auf, in der Entschädigungsfrage ihre Stimme zu erheben, wie es die britische Industrie getan hat....

Der Dollar 2000 überschritten.

Die Verelendung unserer Mark nimmt ein geradezu rasendes Tempo an, in Eilschritten geht es österreichischen Verhältnissen entgegen. Der Dollar, der auf der heutigen Börse bei Beginn mit 1500 einsetzte, stieg in großen Sprüngen von 100 Punkten auf 2000. Es können fast nur Geldkurse genannt werden. Ein Devisenangebot hat im heutigen Verkehr nicht bestanden.

Alle Zeichen sprechen dafür, daß es mit Riesenschritten dem völligen Zusammenbruch entgegengeht, wenn nicht schnell und wirksam Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Das Grundübel, das diese rapide Entwertung der Mark fördert, ist der Versailler Vertrag. Erste Bedingung für eine Gesundung der deutschen Wirtschaft ist eine völlige Neuordnung der Reparationsverpflichtungen. Auf der andern Seite muß mit dieser Maßnahme Hand in Hand eine Organisation langfristiger Kredite für Deutschland gehen. Erst nach Durchführung dieser Maßnahmen kann Deutschland an eine Aktivierung seiner eigenen Zahlungsbilanz herangehen, um einerseits seinen Reichtum zu balancieren und andererseits die gefährdende, steigende Passivität der deutschen Handelsbilanz auszugleichen. In diesem Augenblick, da Deutschland von einem immer enger werdenden Ring einer Valutablockade eingeschlossen wird, müssen alle der Konsumbeschränkung dienenden Maßnahmen nachdrücklich ergriffen werden. Jede Einfuhr ausländischer Luxuswaren ist strengstens zu unterbinden. Ein sofortiger Erlaß diesbezüglicher Einfuhrverbote ist dringend erforderlich. Deutschland kann sich beispielsweise heute nicht die Einfuhr ausländischer Tabake, die Einfuhr von Tee, Kaffee usw. erlauben. Eine starke Erhöhung der Zollsätze ist erforderlich. Wir brauchen eine den jeweiligen Änderungen am Valutamarkt Rechnung tragende gleitende Skala der Zollsätze. Die Ausfuhr ist mit allen Mitteln zu heben. Auf den Faktoringangszwang in fremder Währung darf unter keinen Umständen verzichtet werden. Die Ausfuhrabgaben müssen bedeutend erhöht und dem jeweiligen Valutastand angepaßt werden.

Die z. T. sicherlich berechtigten Bedenken gegen eine wesentliche Erhöhung der Ausfuhrabgaben haben im Augenblick zurückzutreten. Um der wachsenden Gefahr der Verschleuderung deutscher Waren entgegenzutreten zu können, ist eine noch schärfere Kontrolle der Ausfuhrpreise notwendig.

Das alles sind Maßnahmen, die den deutschen Handel in seiner Bewegungsfreiheit außerordentlich schwer treffen. Und doch kommen wir — so schwer es uns auch wird — nicht um die Erkenntnis herum, daß außerordentliche Verhältnisse auch außerordentliche Maßnahmen — die ich z. T. sogar als wirtschaftsfeindlich bezeichnen möchte — in diesem Fall rechtfertigen. Die Gefahr ist groß. Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft steht vor der Tür. Nur ein schneller und tatkräftiger Eingriff kann das schlimmste verhüten. Nils Petersen.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt a/M., 24. Aug. (Drahtb.) Der Devisenmarkt stand heute im Zeichen einer weiteren Hausse der Kurse. Die ausländischen Zahlungsmittel zeigten bereits im Frühverkehr eine große Aufwärtsbewegung. Dollarkurse hatten folgende Kursbewegung: 1500—1600—1700, bei Beginn der Börse 1850—1950. Zu lebhaften Umsätzen kam es, wie nicht anders zu erwarten war, in Valutapapieren. Türkische, ungarische, österreichische Papiere setzten ihre Aufwärtsbewegung fort, wobei Kurssteigerungen bis 300% und darüber erzielt wurden. Besonders lebhaft wurden auch Dividendenwerte gehandelt. Die Tendenz ist nach oben gerichtet. Charakteristisch für die Bewegung, die sich seit einigen Tagen im Effektengeschäft abbahnt, ist die Tatsache, daß die Umsätze am Kassamarkt und dementsprechend auch die Kurse in steter Aufwärtsbewegung begriffen sind. Im Frühverkehr stellte sich ebenfalls größeres Interesse an Benzinmotoren und an Eisenbahnen dar. Der Kurs der Benzinmotoren waren stark gesucht, 830. Bahnbedarf auf die bevorstehende Einführung an der hiesigen Börse sehr fest. Beachtenswerte Kurssteigerungen erzielten ferner noch Ölaktien, Deutsche Petroleum und Soloman-Salpeter. Die führenden Montanaktien wie Phoenix, traten mit einer Steigerung von 380%, Ascherleben mit 570%; hervor; erheblich höher ferner Riebeck-Montan und Oberbedarf. Am Markt der chemischen Werte lagen durchweg Kaufaufträge vor. Eiberfelder Farben 1275, plus 140%. Auch die übrigen Anilinderivate wie Ultramarin, Wegelin und Albertwerke sind zu höheren Kursen gesucht. Sehr fest lagen Scheidensalt, 300, plus 300%. Sehr gesucht waren A.E.G., 1050. Felten & Guilleaume, sowie die übrigen Papiere stark anziehend. Auto-, Maschinen- und Metallwerte schlossen sich der Aufwärtsbewegung an. Zu höheren Kursen waren gesucht: Deutscher Eisenhandel, Konserven Braun, Maschinenfabrik Dingler, Motoren Oberursel, Eisenwerk Kaiserlautern. Die Pluszeichen bedeckten die Maklersteine. 5%ige Tebantencen stiegen auf 10 000, 4%ige ungarische Gold 4050 (plus 750). Bankaktien lebhaft. Deutsche Bank, Commerz- und Privatbank sehr gesucht. 3%ige Consols sehr fest. Oesterreichische Kreditanstalt 460 (plus 100). Die Aufwärtsbewegung hielt auch weiterhin an. Der Dollar erreichte um 120 Uhr 2000 und darüber.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 24. Aug. (Eig. Drahtb.) Die Verschlechterung, die die Reparationsfrage im Laufe des heutigen Tages erfahren hat, ließ den Dollar bis über 2000 steigen. An der Börse selbst beobachtete man große Zurückhaltung; trotzdem haben die Käufe des Auslandes und des Publikums dazu beigetragen, die Katastrophenhäuser der letzten Tage zu beschleunigen. Montanwerte lagen durchschnittlich 100% höher. Lauria gingen bis plus 275% und darüber hinaus. Kalkwerte waren fest. Deutsche Kali plus 80%, Adler 1175, Hannoverische Kali 1500, Heuburg 1000. Bei Anilinderivaten waren Badische plus 175%, Griesheim plus 75% höher. Elektrowerte zogen um 80% an. Felten & Guilleaume plus 70%. Im freien Verkehr hörte man für Benz einen Kurs von 790, Wolf 1025, chemische Zeltz 1000, Becker-Stahl 790,

Becker-Kohle 550. Von Bankaktien lagen Diskontogeschäft plus 50% höher. Die Schiffahrtaktien waren etwas schwächer. Am Markt der Spezialwerte erreichten Gessow plus 150%, Basall plus 75%, Schwarzkopf plus 75%, Söderhamngara plus 150%. Auch Waggonwerte waren stark gesucht. Am Petroleummarkt waren Deutsche Petroleum plus 200%, Erdöl plus 150% höher. Bei den Valutawerten zogen 3%ige Reichsanleihe auf Auslandskäufe um 80% an. Von ausländischen Renten lagen 5%ige Mexikaner plus 500%, ungarische Goldrente erreichte einen Kurs von 500, Zolltürken plus 400%. Die Mark kommt aus Amsterdam mit 0,14%, Zürich 0,34—0,35, Kopenhagen 0,25, Stockholm 0,22 bis 0,23. Im weiteren Verlauf blieb die Börse nicht ganz einheitlich, die Tendenz war aber entschieden fest.

Devisenmarkt

Mannheim, 24. Aug. (420 Uhr nachm.). Am hiesigen Platz notieren (mitgeteilt von der Mitteldeutschen Creditbank, hier): New York 1840, Holland 71 000, London 8200, Schweiz 35 000, Paris 14 200.

Frankfurt a/M., 24. Aug. (Drahtb.) Die Devisenhausse machte bereits in den ersten Börsenstunden einer erwarteten starken Aufwärtsbewegung Platz. Bei großem Geschäft aber größerem Materialmangel stiegen die Preise weiter. Im amtlichen Verkehr erhielt sich eine feste Stimmung. Im Freiverkehr wurden folgende Kurse genannt: London 7300, bis 7400—7800 (amtlich 9050), Paris 12 800—13 375 (15 800), Brüssel 12 500 (14 650), New York 1630—1650—1790 (1800), Holland 63 000, 66 700 (78 500), Schweiz 30 800—33 000 (38 500), Italien 7400 (9050).

Frankfurter Devisen.

Anteil	23 August		24 August	
	Gold	Brief	Gold	Brief
Holland	56693.20	56836.80	78421.50	78579.50
Belgien	10939.10	10960.90	14535.50	14557.50
London	6515.40	6531.60	18244.10	18266.10
Paris	11485.50	11511.50	15834.10	15856.10
Schweden	27775.20	27827.80	39161.50	39183.50
Spanien	2252.20	2258.40	31458.10	31480.10
Italien	5518.30	5534.50	6240.10	6262.10
Österreich	21388.60	21421.30	43244.10	43266.10
Norwegen	32474.50	32527.20	34454.10	34476.10
Schweden	38661.30	38735.70	33252.50	33274.50
Holländer	—	—	—	—
New-York	1457.50	1460.50	1988.10	1991.10
Wien, altm.	—	—	—	—
D.-Gottsch. abg.	1.53	1.57	1.50	1.54
Budapest	85.91	87.09	91.50	92.68
Prag	5144.80	5155.20	6665.30	6675.70

Frankfurter Notemarkt

von 24. August 1922.

Anteil	24 August		Anteil	24 August	
	Gold	Brief		Gold	Brief
Amerikanische Noten	1978	1992	Oest.-Ungar., altm.	—	—
Englische	11588	11615	Norwegische	1827	1839
Spanische	9090	9110	Polnische	—	—
Österreichische	5285	5315	Schwedische	37760	37840
Holländische	78420	78580	Schweizerische	—	—
Italienische	9140	9160	Tschecho-Slowak.	6743	6751
Oesterreich abg.	1.80	2.02	Ungarische	114	116

Berliner Devisen.

Anteil	23 August		24 August	
	Gold	Brief	Gold	Brief
Holland	56329.40	56470.50	78963.75	79104.85
Belgien	10886.35	10913.65	14581.75	14608.85
London	6481.55	6508.85	18297.75	18324.85
Paris	11378.55	11405.85	15883.85	15910.95
Schweden	27525.55	27578.85	39214.85	39241.95
Spanien	2248.25	2253.55	31408.85	31435.95
Italien	5473.35	5488.65	6234.85	6261.95
Österreich	21288.65	21321.35	43194.85	43221.95
Norwegen	32374.55	32427.85	34399.85	34426.95
Holländer	—	—	—	—
New-York	1448.55	1451.55	1979.85	1982.85
Wien, altm.	—	—	—	—
D.-Gottsch. abg.	1.53	1.57	1.50	1.54
Budapest	85.91	87.09	91.50	92.68
Prag	5144.80	5155.20	6665.30	6675.70

Die Reichsbank gegen die Geschäftsgebarung von Privatbanken. Der bis vor kurzem im Devisenmarkt beobachteten Neigung einzelner Bankkreise, bei kommissionsweisen Ausführung von Devisenaufträgen Aufschläge oder Verbilligungen vorzunehmen, tritt die Reichsbank mit verstärktem Nachdruck entgegen. Sie richtet an die Stempelvereine und an die Berliner Bedingungengemeinschaft für Wertpapiere ein besonderes Schreiben, damit diese oder überhaupt die Bankier-Organisationen diese sogenannten Konzessionsanmeldungen unterdrücken helfen. Das Reichsbankschreiben greift anscheinend sogar so weit an, daß das Zentralinstitut für den Fall weiterer Verstöße einer einzelnen Bank oder Firma gezwungen sein könnte, dieser den Diskontokredit zu kürzen.

Pforzheimer Bankverein A. G. in Pforzheim. Die Verwaltung beruft auf den 26. September ein o. G.-V., die über die Erhöhung des Grundkapitals um 3 auf 6 Millionen A. Beschluß fassen soll.

Schiffahrt.

Schiffsnachrichten. Der Dampfer „Lapland“ der Red Star Linie, Antwerpen, am 10. August von Antwerpen abgefahren, ist am 19. August nachm. in New York angekommen. — Der Dampfer „Nieuw Amsterdam“ der Holland Amerika Linie, Rotterdam, am 12. August von New York abgefahren. — Der Dampfer „Mongolia“ der American Linie, Hamburg, am 12. August von Hamburg abgefahren, ist am 22. August nachmittags in New York angekommen.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat August

Pegelstation von Rhein	Deutung						Bemerkungen
	18	19	21	22	23	24	
Detmoldersheim	4.93	2.48	2.40	2.30	2.20	2.20	Abende 2 Uhr
Kast	3.85	1.40	3.20	3.20	3.27	3.20	Abende 2 Uhr
Werra	3.81	5.40	3.20	3.15	3.09	3.08	Abende 1 Uhr
Weser	4.17	1.01	1.45	1.35	1.19	1.18	Abende 1 Uhr
Elbe	—	—	—	—	—	—	F. S. 12 Uhr
Kaßel	—	—	—	—	—	—	Abende 3 Uhr
Zell	—	—	—	—	—	—	Abende 3 Uhr
vom Neckar:	—	—	—	—	—	—	—
Mannheim	4.23	4.23	4.22	4.17	4.07	4.04	Vorm 7 Uhr
Hellbrunn	0.80	0.85	0.84	0.80	0.81	0.83	Vorm 7 Uhr

Wasserst. bedeut. + 8%

Mannheimer Wetterbericht

vom 24. August morgens 7 Uhr.
Barometer: 754.2 mm, Thermometer: 11.9°C. Niedrigste Temperatur: 10.25°C. Höchste Temperatur gestern: 18.3°C. Niederschlag: 12.5 Liter auf den qm. Süd 3, Heiter.

Verantwortl. Redakteur und Verleger: Dr. h. c. h. Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, E. S. 2. Dr. h. c. h. Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, E. S. 2. Dr. h. c. h. Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, E. S. 2. Dr. h. c. h. Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, E. S. 2.

Mannheimer Frauen-Zeitung

Minna Cauer †

Von Clara Wende, M. d. R.

In meinem abgelegenen Rhönstädtchen erreicht mich erst heute die Nachricht von dem Tode Minna Cauer. Eine bedeutende und eigenartige Frau hat damit die Welt verlassen, ein Leben gelebt, das ein ununterbrochener Kampf gewesen ist. Minna Cauer war eine Kämpferin und viele Frauen, die heute eine geachtete und schätzbare Stelle im öffentlichen Leben einnehmen, ahnen nicht, wie ihnen das nur deshalb möglich ist, weil es solche Kämpferinnen für sie gegeben hat wie Frau Cauer eine war.

Ihre politischen Anschauungen gingen weit auseinander, in diesen sozialen Ansichten trafen wir uns; nie hätte ich ihr folgen können auf den Wegen des Pazifismus, aber in unseren nationalen Zielen waren wir uns sehr ähnlich; wenigstens sie überzeugte Republikanerin war, konnten wir doch auch wieder zusammenkommen in der Liebe zu unserem Volk und Vaterland, und vergessen darüber die Staatsform.

Wie einmal eine Stunde ungeführter Unterhaltung mit diesem hochbegabten Geist haben durfte, nahm einen großen Gewinn mit mir, wenn er auch oft und in vielen Dingen ganz anderer Ansicht war. Mit der abgeklärten Ruhe des Alters sah sie in den letzten Jahren den kleinen und großen Kämpfen des Alltags zu, nahm regen Anteil an allem, begab sich aber selbst nicht mehr in die Arena des Kampfes. Und das war gut, im Kampf bleiben die wenigsten Menschen lebensfähig, und das raubt dem Alter seine Würde, die wir in jungen gerade an ihnen, den Älteren, entbehren.

Die kleine glückliche alte Dame hatte in ihrer Erscheinung eher etwas von dem Präzidentium ehemaliger Salons als einen Anflug des Frauenrechters, und doch war sie ein echtes Kind, besser gesagt, eine echte Mutter der Frauenbewegung in Deutschland; aber sie war eben Frau und Mutter gewesen, und das gab ihr Verständnis für viele Frauen, die anderen verschlossen bleiben, und zugleich immer Dame, darum auch für den Gegner kein Feindbild, keine unangenehme Erscheinung. Die Kreise, denen sie in ihrem Wirken beinahe nahegekommen, verlieren viel in ihrer Seniorin.

Wirkungslosigkeit des Frauenstimmrechts?

Der Aufsatz der „Frau“ spricht Gertraud Bäumer über „Die politische Vererbung und die Frauen“ und kommt zu dem Schluß, daß die Vererbung, die sich nicht zuletzt in politischen Vorurteilen und Instinkten zeigt, ein Beweis sei für die vollkommenen Wirkungslosigkeit des Frauenstimmrechts. Als Heilmittel dagegen versucht sie das Bewusstseinsgefühl der Frauen des gesamten Volkes aufzurufen. Sie will die Frauen aus ihrer Gleichgültigkeit aufwecken und sie auf neue für politische Dinge zu interessieren versuchen. Sie glaubt das Heilmittel für die neue Bewegung in den Frauenbewegungsgruppen zu finden. Die Wirkungslosigkeit des Frauenstimmrechts soll nicht nur gegeben werden in Bezug auf den vergeblichen Versuch, wenn er überhaupt gemacht worden ist — den Ton im Parlament zu heben, um sich dann natürlich nicht von der Wirkungslosigkeit des Frauenstimmrechts sprechen; ich glaube, daß die Wirkung des Frauenstimmrechts verstanden hat und die Wirkung in der Praxis auf ihre eigene Partei durchaus nicht angenehm empfunden hat. Ich will in eine deutsche Volks- in einer unglücklichen Verheißung Gertraud Bäumer recht, wenn sie die Wirklichkeit daran allen Parteien und den wenigsten Verständnis für Andersdenkende bei den Parteien, die ihnen Dr. Bäumer innerlich am nächsten steht. Wenn man mit dem alten Verfassung, mit den alten Einrichtungen groß geworden ist, wenn man innerlich zugestimmt hat, so ist es von den Vertretern der neuen Staatsform, der neuen Einrichtungen und Gedankenwelt notwendig, daß sie sich nicht nur auf die alten Einrichtungen, sondern auf die neue, die im alten Staat besser gelehrt, sie ist nicht politisch, sondern nicht unerschütterlich ist, sie steht nur, daß diejenigen, die den neuen Staat zum Zusammenbruch vollende brachte. Ein Haus auf einem Trümmerhaufen zu errichten, ist natürlich sehr schwer, und der neue Bau der Welt, wenn man die Trümmer immer wieder durchschneidet, ist nicht endlich einmal zu ordnen und das, was noch brauchbar ist, weiter zu verwenden.

Die Republik Deutschland hat bis jetzt, allerdings zum Teil ohne Erfolg, mehr sie neue Kreise des Volkes von sich abzuweisen.

Es scheint uns ein Verhängnis der neuen Mächte darin zu liegen, daß sie auf den zahlenmäßig größten Teil der Wähler, der zu keiner Weise den richtigen Einfluß ausgeübt haben. Ohne Berücksichtigung der schwarz-weiß-roten Flagge würde man sich vielleicht an das schwarz-rot-gold gemischt haben, wenn zu gleicher Zeit von Seiten der Sozialdemokratie die rote Fahne vorläufigen Übergang die rote Fahne gebildet, vielleicht dort man sogar sagen, daß man drei Fahnen zu führen und die durch die Verfassung angeordnete Reichsfahne am wenigsten in Erscheinung trat. Gerade bei der Frauenfrage hätte die Regierung auf die Gefühle der Frauen Rücksicht nehmen müssen; denn eine unendlich große Zahl von Frauen haben ihre Männer und Söhne zum letzten Mal gesehen, als sie unter der schwarz-weiß-roten Fahne zum Kampf für den neuen Staat hinausgingen. Kein Sozialdemokrat ist im August 1914 mit der roten Fahne oder dem roten Bändchen im Ansochlo hinausgegangen, und viele Frauen, die ihr Bestes hingegaben haben für das schwarz-weiß-rote Deutschland, haben verständnislos im Winter über den Trümmern zurückkehren sehen unter der roten Fahne. Man sollte versuchen, die Ansicht des Gegners zu verstehen, um damit seinen eigenen Ansicht, wenn es sein muß, besseres Verständnis zu verschaffen.

Die Bedeutung der Frauenbewegung, der reinen Frauenvereine und der Lebensarbeit nach von den Frauen, die sie erschaffen und in dem Bewußtsein darin gesehen haben, bedeutend überschätzt, beizubehalten, daß ihre politische Bedeutung. In einem Staat, der demokratisch regiert wird, kann man die Parteien nicht entbehren; man sollte wohl einige Parteien bei uns entbehren, aber ein demokratisches Gebilde, das naturgemäß oft die berechtigten Eigenart der verschiedenen Parteien berücksichtigen muß, kann nicht dazu führen, den verantwortlichen Frauenorganisationen gleiche in einem wachsenden Staat der Frauen in der Politik kommen zu lassen, sondern daß die politischen tätigen Frauen sich nicht mehr selbst beschränken oder beschränken lassen auf Gebiete, die angeblich besonders wichtig oder weniger von den Frauen der eigentlichen großen Politik

ausgeschaltet werden und sich ausschalten lassen, können sie ja auch keinen Einfluß erlangen. Sehen wir uns doch einmal den auswärtigen Ausschuss des Reichstages an. In welcher Partei gelangt es einer Frau, dort irgend einen maßgeblichen Einfluß zu erlangen? Der Rechtsausschuss kann über noch so spezifisch weibliche Gegenstände verhandeln, in erster Linie werden die männlichen Abgeordneten bestimmt, und bei so sehr vielen Rechtsfragen, auch wenn sie besonders dem Mann berühren, wäre oftmals die Frage nach fräulichem Einfluß von ziemlich großer Bedeutung. Die Frau im Staatsausschuss spielt eine sehr untergeordnete Rolle, und man kann doch nicht behaupten, daß die Steuern im Leben der Frau von geringerer Bedeutung sind als im Leben des Mannes. Ich stimme vollständig mit Dr. Bäumer überein, daß der Einfluß der Frauen in der Politik in keinem Verhältnis steht zu ihrer Bedeutung als Wähler, aber die Wege, um sie zu größerer Bedeutung zu bringen, scheinen mir nicht in härterer Betätigung innerhalb der Frauenbewegung zu liegen, sondern in einer zielbewußten, erheblich stärkeren Betätigung der Frau innerhalb der Partei, zu der sie sich bekennen. Die einzelne Frau muß sich ihrer Aufgaben und ihrer Pflichten innerhalb der Partei klarer bewußt werden, dann wird auch der Einfluß der Frau auf die Sitten und den Ton so stark werden, wie er werden muß, um eine Veränderung in unserem politischen Leben herbeizuführen.

Clara Wende.

Das Martyrium der rheinischen Frauen.

Die weiterverbreitete italienische Frauenzeitschrift „La Vita Femminile“ veröffentlicht in ihrem ersten Jahrgang, Heft 9, die folgenden Betrachtungen:

Soll man denn wirklich glauben, daß nicht einmal mehr unter den Frauen jenseits der Verschiedenheiten der Konfessionen, der Meinungen, der Grenzen und der Umgebung eine allgemein menschliche, elementare Solidarität existiert? Doch sie nicht einmal die Schwestern, die in der gleichen Heimat, in der gleichen Republik im deutschen Rhein verweilen. Man muß das elementare Gefühl der Frauenliebe für einen Augenblick hinterlassen, um überhaupt von den Schwestern sprechen zu können, welche in ihrer Gleichgültigkeit die perestrojische Phantasie übertrieben. Aber man muß davon sprechen, wenn man nicht zugunsten eines falschen Schamgefühls sich der Förderung dieser Solidarität schuldig machen, nicht zum Komplizen eines Delikts gegen die allgemeine Solidarität aller Frauen werden will.

Man muß es glauben, wenn man mit anfährt, wie sich seit drei Jahren im Herzen Europas, in einem der ältesten Landstriche unserer Zivilisation, die Schande und der Schrecken breitmacht, den die schwarzen Soldaten der französischen Republik im deutschen Rhein verweilen. Man muß das elementare Gefühl der Frauenliebe für einen Augenblick hinterlassen, um überhaupt von den Schwestern sprechen zu können, welche in ihrer Gleichgültigkeit die perestrojische Phantasie übertrieben. Aber man muß davon sprechen, wenn man nicht zugunsten eines falschen Schamgefühls sich der Förderung dieser Solidarität schuldig machen, nicht zum Komplizen eines Delikts gegen die allgemeine Solidarität aller Frauen werden will.

Es handelt sich um Folgendes: Auf Grund des Versailler Vertrags hat Frankreich das Recht, fünfzehn Jahre lang als Garantie für die Ausführung der Friedensbedingungen das rechtsrheinische Gebiet Deutschlands zu besetzen. Von den 75 000 Mann des französischen Besatzungsheeres sind 40 000 farbige: Marokkaner, Algerier, Tunesier und vor allem Senegalesen. Diese letzteren sind wirklich Wilde, gehören zu den brutalsten Stämmen Afrikas und sind darüber hinaus noch durch den Krieg brutalisiert, den sie unter den Hahnen Frankreichs als die Stoßtruppen der großen Nation durchgeschlagen haben. Diese Menschen also sind es, die in den blühenden und zivilisierten rheinischen Provinzen das Recht des Siegers verdrängen. Da endlich sich zügellos der Rachegier der Barbaren gegen die weiße Rasse, die sie sonst als Herren dulden müssen. Und doch finden die farbigen für all ihr Tun bereitwillige Duldung bei den französischen Behörden, denen keine Demütigung so schwer erscheint, um sie über das bestiegte Deutschland zu verhängen.

Die Willkürakte, die Vergewaltigungen und die Morde, welche die schwarze Soldateska an der rheinischen Bevölkerung verübt, sind nicht aufzuzählen. Unter den Weibchen spielen die Vergewaltigungen die größte Rolle. Unermüdlich belagert Enquêtes neutraler Persönlichkeiten und Verbände, offizielle Weisbücher der deutschen Regierung prüfen die Fälle, wägen die Aussagen und Beweise und unterbreiten sie der französischen Regierung und der zivilisierten Welt. Ohne Erfolg! Hier und da erschallt einmal ein Echo, um sich jedoch sofort wieder zu verlieren.

Hat beispielsweise der verzweifelte Appell der Rheinischen Frauenliga etwas genützt? Nein! Die Männer und Frauen der weißen Rasse haben nicht aufgehört und hören auch heute noch nicht. Solidaritätsverpflichtungen sind aus Rom, Genf, Wien und Stockholm eingelaufen. Von Zeit zu Zeit haben sich auch Proteststimmen in der amerikanischen, englischen und teilweise auch in der italienischen Presse erhoben. Nichts weiter! Im amerikanischen Senat hat der Staatssekretär kürzlich auf eine Interpellation dieser Art erwidert, die schwarzen Truppen seien aus Deutschland zurückgezogen! Die Amerikaner, welche sofort zur Ordnung gerufen, wenn ein Regier sich an einer weißen Frau vergehrt, die Engländer, welche ein so gefährliches Bewußtsein für die Würde des Menschen haben, die Italiener, welche so eiferfüchtig und lebhaft über ihre Ehre wachen — sie alle haben sich nicht gerührt und rühren sich auch heute noch nicht.

Genügen denn die heute begangenen Untaten noch nicht, die jeder Tag um neue Epochen bereichert? Sie sind so zahlreich und so entsetzlich, daß demjenigen, der in dieses Dunkel hineinzuleuchten unternimmt, sich vor Grauen und Ekel die Kehle zuschnürt!

Um aber die Erbitterung noch zu steigern, müssen diese Besatzungstruppen von Deutschland bezahlt werden. Das notleidende deutsche Volk zahlt für jeden farbigen Soldaten 3500 Mark und für jeden Unteroffizier 5500 Mark im Monat.

Und weiter! Der größte Teil der Regier ist mit schweren Geschlechtskrankheiten behaftet und verbreitet diese Seuchen im ganzen rheinischen Gebiet. So ist nicht nur die moralische Würde der rheinischen Bevölkerung, sondern auch ihre Gesundheit täglich den schwersten Bedrohungen ausgesetzt.

Wir haben kürzlich über die Verschönerung einer fünfzehnjährigen Besatzungstruppe als Garantie des waffenlosen Frankreichs gegenüber dem waffenlosen Deutschland in diesem Blatte gesprochen. Wir sprachen auch von der namenlosen Last, welche der Wille des Siegers unter dem Titel der Reparationen nicht nur dem Besetzten, sondern noch dessen Kindern und Kindeskindern auferlegt. Wir wiesen darauf hin, daß dieses Verfahren an die schlimmsten Gräueltaten der Mittelalter erinnert. Doch es durch Generationen hindurch Jagd- und Raubgefühle schüren muß. Wir brauchen diesen Ausführungen heute nur noch hinzuzufügen, daß sich im Augenblick 40 000 halb Wilde Söldner aus den barbarischsten Stämmen des dunkelsten Afrika im Rheinland breitmachen und so zu der an sich schon unmenschlichen Besatzungslast noch die Schmach der Gefährdung deutscher Frauen, Mädchen und Kinder hinzuzufügen.

Ist dieses „Rae dicta“, das Frankreich mittels seiner Söldner in schmachvollster Weise der Bevölkerung eines der blühendsten Länder Europas ins Anfach schreit, noch erträglich? Ist das noch das Frankreich der unerschlichen Gedanken der Humanität? Ist es noch das Frankreich von 1914, dessen Martyrium die ganze Welt in Aufregung brachte? Das Frankreich der Wunden und der Zerwürfungen von Völkern und Rassen?

Wären die Ergänzungen von Gesamtstaaten der Deutschen in Frankreich wahr oder erlogen sein, damals haben sie einen Sympathiepunkt für Frankreich in der ganzen Welt entfesselt. Auch wir hegen und pflegen heute noch trotz aller Enttäuschungen älteren und neueren Datums den Gedanken der lateinischen Brüderlichkeit als Herz unserer Zukunft. Wie viele unserer Frauen haben nicht aus Liebe zu Frankreich in diesem Kriege eine heilige Notwendigkeit gelebt?

Heute sind Frankreichs Frauen laub für die Schmerzensschreie, die jenseits des Rheins zu ihnen herüberdringen. Sie sind laub für die Klagen der deutschen Mütter, die sie um Mitleid für ihre unerschuldeten Kinder bitten, laub für das Flehen, die schwarze Schmach zu beilegen. Geht man fehl in der Annahme, daß ein reiches Deutschland ausländischer gehandelt haben würde?

Stellt sich das eine billige und recht zweifelhafte Hypothese, Wahrheit aber ist, daß die ganze Welt zugunsten Frankreichs aufstrebte und sich gegen Deutschland erhob. Was war der Zweck? Wollten wir nur auf einem Umweg über all die furchtbaren Opfer an Leid und Tränen Blut und Menschenleben zurückkehren in die alte Welt der Lust und der Rache? Über sprechen wir nicht von Gerechtigkeit. Sprechen wir nur von Menschlichkeit. Vor allen Dingen den Frauen gegenüber. Es ist unmöglich, daß die Frauen das Hera vor unseren Worten verschließen, solange ihre Stimme noch etwas gilt. Wenn der Schmerzensschrei unserer Schwestern jenseits der Alpen gegen die Gräueltat der schwarzen Schmach tonlos verhallen muß, dann wahrlich ist jede tiefere Regung der Menschlichkeit erloschen.

Weib und Ehe im deutschen Sprichwort.

Die Schätze an praktischer Weisheit und Lebenserfahrung, die in unserem Sprichwort ausgepackt sind, werden in der alljährlichen Rede vielfach ausgenutzt, und zwar verliert dieses in unserer modernen Zeit wirksam gebliebene uralte Sprichwort besonders dem Ausdruck des Volkes seine Bildkraft, wie dies schon in den Tagen des unerschlichen Sancha Panja der Fall war. So viele Sammlungen und Abhandlungen es aber auch über unser Sprichwort gibt, so war doch bisher dieses Thema noch niemand in zusammenfassender Weise wissenschaftlich behandelt worden, und daher stellt die „Deutsche Sprichwörterkunde“, die Geh. Rat Friedr. Seiler soden im Rahmen des bei C. H. Beck'schen Buchhandlung in München erscheinenden „Handbuchs des deutschen Unterrichts“, herausgibt, ein wissenschaftliches Handbuch dar, das zum ersten Mal den ganzen Umfang der in Betracht kommenden Fragen umfaßt.

Aus der Fülle des hier vereinigten Stoffes sei herausgehoben, was das deutsche Sprichwort über Weib und Ehe zu sagen hat, und wenn dies unsern Ohren häufig etwas herb und ungalant klingt, so müssen wir uns eben mit den auf lange Erfahrung gegründeten Anschauungen unserer Väter abfinden. So schmerzhaft es auch unseren Frauenrechtlerinnen klingen mag, so läßt unser Sprichwort doch keinen Zweifel darüber, daß ihm der Mann mehr wert ist als die Frau. „Ein Mann wiegt zehn Weiber auf“, heißt es, oder noch verderblicher: „Wo 'ne Kuhle ist, daer gilt ten Rod.“ Allerdings unterliegt der Mann bisweilen der Anziehungskraft des Weibes: „Ein Frauenhaar zieht stärker als ein Glockenstuhl.“ Das höchste Lob, das das Sprichwort der Frau spendet, liegt in der Bezeichnung „framm“ oder „bram“. „Ein frammes Weib kann mit Gold nicht überwiegen. Ein braves Weib macht einen braven Mann. Das Weib und der Ofen sind des Hauses Bier.“ In solchen guten Weibern werden Eigenschaften geprieselt, die heute nicht doch im Kurs stehen. Vor allem gehört für das Sprichwort die Frau ins Haus: „Das Weib und der Ofen sollen zu Hause bleiben. Eine Frau ist zu Hause am schönsten. Die Hausfrau darf nicht sein eine Ausfrau.“ Die einfache Arbeitstracht steht — was unsern Damen von heute sehr merkwürdig vorkommen wird — der Frau am besten: „Am Besten steht der Frau die Küchenschürze besser als das beste Fräulein.“

Auch muß sie selbst tüchtig hand anlegen: „Die Frau muß selber sein die Hand, soll's gehen, wie es ihr behagt. Der Hausfrau Augen tochen wohl. Wo die Frau wirtschaftet, wächst der Spieß am Balken.“ Ohne Sparbarkeit keine brave Frau: „Wenn der Mann einsteift und die Frau ausschneffelt, so geht die Wirtschaft zu Grund. Eine Henne kann mehr auseinanderhacken, als sie sieben Hühner zusammentragen.“ Als die besten Hausfrauen gelten die häßlichen: „De schönere Weib, je schlechterer Schlüssel. Ein schönes Weib gehört in den Glaschrank.“ Die Schönheit ist vergänglich: „Weiberhönheit, das Echo im Wald und Regenbogen vergehen bald.“ Auch ist sie häufig täuschlich: „Weibergehalt ist nur gemalt. Weiber und Weinwand laufe nicht bei Licht.“ Die Gesundheit der Frau ist nicht weit her: „An Weibern und Uhren ist immer etwas zu flicken.“ Auch ihr Wahrheitsinn soll nach dem Sprichwort schwach entwickelt sein: „Weiber sagen stets die Wahrheit, aber nie die ganze. Wer einem Weib glaubt, ist seiner Sinne beraubt.“ April und Weiberwill ändert sich sehr bald und viel.“ Ebenso sind ihnen Reuegierde und Schwachköpfigkeit eigen: „Wo Gänse sind, da ist Geschwätzer, und wo Frauen, da sind viel Wärrer.“ Besonders in acht nehmen muß man sich vor den Weibern bei wichtigen häuslichen Arbeiten: „Weiber, wenn sie waschen und kochen, haben den Teufel im Rad.“ Ihre Hoffart ist sehr groß: „Rein stolzer Tier auf Erden, denn ein Pferd und ein Weib. Auf Erden tanzen und mit Weibern umgehen, muß gelernt werden sieben Jahre und einen Tag.“ „Weiber haben langes Haar und kurzen Sinn.“ „Treu Weiber und weibe Sperlinge sind selten. Weiber und Fröhe sind schwer zu hüten.“

Trotzdem ist Heiraten nach dem Sprichwort notwendig: „Ledige Haut schreit überlaut“, und deshalb finden die Mädchen immer wieder Männer: „Jeder Topf findet seinen Deckel.“ Zunächst muß man die Mutter gewinnen: „Wer die Tochter haben will, halte es mit der Mutter.“ Das Freien macht Vergnügen: „Freien ist so süße, wie gedrehte Bammerröhre.“ Man muß möglichst früh heiraten: „Ehehand, Ehrenhand. Früh aufstehen und jung freien wird niemanden gereuen. Frühe Hochzeit, lange Liebe.“ Dennoch ist das Heiraten ein sehr gemagtes Abenteuer. Zu dem Sprichwort: „Die Ehen werden im Himmel geschloss'n“ findet sich der pessimistische Zusatz: „Und die Zertheilten auf Erden begangen.“ „Heiraten und Gebenkmerdin hängt vom Geschick ab auf Erden. Jedes Haus hat sein Kreuz.“ Zahlreich sind die Sprichwörter, die die Heirat mit einer Lotteriede oder mit einem Pferdetauf vergleichen, mit dem letzteren, weil man dabei leicht übers Ohr gehauen wird. Andererseits ist aber die Ehe wieder kein Pferdetauf, weil man das Pferd weggeben kann, die Frau aber nicht: „Heiraten ist wie's große Los. Freien ist wie Pferdetauf. Freier macht die Augen auf. Freien ist kein Pferdetauf. Ein Weib kann man nicht wie einen Schuh wieder aussuchen.“ Doch Heiraten eine kostspielige Sache ist, wußte man auch schon früher: „Weib und Kind sind teure Ware. Es soll keiner ein Weib nehmen, er könne denn drei ernähren. Ein Heiratstafel gilt knapp einen Groschen. Heiraten ist ein schön Geschäft, aber es ist eine teure Geschäft. Heiraten belalter Küche geht bald in die Arche. Es freit sich am besten, wo der Kessel über dem Herde hängt.“ Besonders empfohlen das Sprichwort dem Mann, „die Hosen anzuhängen“, d. h. die Herrschaft über das Weib zu behalten: „Wo Weiber regieren, steilen die Strühe auf die Bänke.“ Zu viel Liebe können die Weiber nicht vertragen, und ob und zu rät das Sprichwort sogar — etwas Prügel an.

Farbige Hemdenstoffe schönst gestreift, für Herren in Massenanswahl zu Massenkonsumpreisen momentan auf Lager!

KRAMP

D 3,7 II Stockwerke D 3,7

